

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Klirringhaus, Berlin.  
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8  
Draftanschrift: Copabienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 26. Januar 1931

Seeckt als Politiker.

Int. Institut  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

SPD. Der Generaloberst von Seeckt galt als ein bedeutender Kopf, solange er der grosse Schweiger war. Man sah in ihm eine Art von Sphinx, aus deren Haupt weittragende schöpferische Ideen geboren werden sollten. Nachdem er es aber für gut befunden hat, an die Öffentlichkeit zu treten und in Schriften und Reden nicht nur militärische, sondern auch aussenpolitische Meinungen zu äussern, fangen wir an, um seinen Ruhm zu fürchten, denn das, was er sagt und schreibt, hält einer realpolitisch-kritischen Nachprüfung so wenig stand, dass man fast den Eindruck gewinnt, Herr von Seeckt begeben sich auf dieselbe Bahn, auf der sein Kamerad Ludendorff ein so klägliches Fiasko erlitten hat.

Eben hat er wieder im Rahmen der Weltwirtschaftlichen Gesellschaft zu Münster einen Vortrag gehalten, der zu den stärksten Besorgnissen Veranlassung gibt. Der Generaloberst ist durchaus unzufrieden mit unserer auswärtigen Politik, und zwar sowohl mit der der Vergangenheit wie der der Gegenwart. In den letzten zehn Jahren, so führt er aus, habe Deutschland nur an eine Verständigung mit Frankreich gedacht und darum zahllose Möglichkeiten ausseracht gelassen. Wie interessant würde es sein, wenn der Redner diese These, die ja zugleich eine deutliche Absage an seinen verstorbenen Parteifreund Stresemann enthält, etwas näher begründet hätte. Welches sind die zahllosen Möglichkeiten die wir ungenützt gelassen haben, weil uns nur die Verständigung mit Frankreich am Herzen lag? Und ist etwa diese Verständigung mit Frankreich nicht nur deshalb gesucht worden, weil in der Gestaltung der deutsch-französischen Beziehungen der Schlüssel für die Entwicklung der gesamten europäischen Politik zu suchen ist?

An einer anderen Stelle seines Vortrages betonte Herr von Seeckt die Notwendigkeit eines Zusammengehens mit Russland. Offenbar hält er es für falsch dass ein solches Zusammengehen nicht schon früher eingeleitet worden ist. Aber er sagt uns leider nicht, welche Zwecke es hätte verfolgen sollen und in welcher Beziehung Deutschland das schon immer vorhandene freundschaftliche diplomatische Verhältnis zu der Sowjetunion hätte erweitern sollen. Originell ist seine Anregung ja ohnehin nicht. Sie ist seit langem von den Kommunisten gegeben worden und wird neuerdings auch von den Nationalsozialisten aufgenommen, die allerdings auch Italien zu dem Bund hinzugezogen wissen wollen. Herr von Seeckt bleibt uns ebenso wie diese beiden Parteien die Antwort auf die Frage schuldig, was praktisch für Deutschland bei einer solchen Entente herauskommen könnte, und wie sie überhaupt auf die Beine gestellt werden soll, wenn man seiner Forderung entsprechend im Innern den schärfsten Kampf gegen den Kommunismus führt.

Dass der General eine alsbaldige Revision des Youngplanes verlangt, ist selbstverständlich. In diesem grundsätzlichen Begehren sind wir mit ihm einig, stellen uns aber dabei auf den Standpunkt, den der Reichskanzler in seiner jüngsten Kölner Rede vertreten hat, dass Deutschland nämlich wirtschaftlich

und finanziell erst einmal gerüstet sein muss, ehe es mit Aussicht auf Erfolg auf die Herabsetzung seiner Reparationsschulden dringen kann. Aber der Redner von Münster geht weiter. Er bezeichnet auch die sofortige Revision der Ostgrenzen als unerlässlich. Es ist ihm also nicht klar geworden, dass sein Parteifreund Curtius den Erfolg in der Frage der deutschen Minderheiten in Polen nur deshalb erreichen konnte, weil er darauf verzichtete, sich durch Aufstellung eines Programms für die Grenzrevision alle Welt zum Feind zu machen. Oder würde dem Herrn Generaloberst auch ein solcher Effekt willkommen sein? Fast kann man es annehmen, denn er spricht ja davon, dass ernstliche Erwägungen über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund angestellt werden müssten. Wie er sich unsere Lage in der von ihm gewünschten Isolierung vorstellt, bleibt freilich einstweilen sein Geheimnis.

Ein Volk, so sagte Herr von Seeckt in Münster, folge seinem Führer durch die dunkle Aussenpolitik nur, wenn er sein festes Vertrauen habe. Wir können uns allerdings des Eindrucks nicht erwehren, dass für ihn die Aussenpolitik ein überaus dunkles Gebiet ist, und dass er nicht gerade die Anwartschaft besitzt, vom deutschen Volk als ein vertrauenswürdiger Führer auf diesem Terrain anerkannt zu werden.

-----

SPD. Kassel, 26. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Kasseler Tagung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten fand mit der Annahme folgender Entschliessung ihren Abschluss :

"Die am 24./25. Januar 1931 in Kassel tagende 18. Reichskonferenz des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen hat zu den Auswirkungen der beiden Notverordnungen des Reichspräsidenten Stellung genommen und dabei mit grösstem Missfallen festgestellt, dass dadurch schwere rechtliche und wirtschaftliche Nachteile für die Kriegsoffer eingetreten sind. Die vom Bundesvorstand zur Abwehr unternommenen Massnahmen werden von der Reichskonferenz gebilligt.

Die Reichskonferenz fordert von Reichsregierung und Reichstag, dass künftighin alle Rechtsansprüche der Kriegsoffer nach dem Reichsversorgungsgesetz unter allen Umständen unangetastet bleiben, und dass die vom Reichsbund dem Reichstage und der Reichsregierung wiederholt vorgetragenen und als berechtigt anerkannten Forderungen berücksichtigt werden.

Trotz voller Würdigung der Notlage des Reiches werden nachstehende Forderungen, deren Verwirklichung bei den demnächst beginnenden Beratungen des Haushaltsplanes im Reichstage mit Bestimmtheit verlangt wird, als besonders dringlich erhoben :

1. Schaffung eines besonderen Planes für die Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenenversorgung im Reichshaushalt, insbesondere mit Rücksicht auf die Ausgabenbegrenzung nach der 2. Notverordnung.
2. Verwendung innerhalb der Versorgung freiwerdender Mittel zur Ausgestaltung einzelner Gebiete der Versorgung, vornehmlich aber derjenigen der Hinterbliebenen.
3. Sofortige Bereitstellung ausreichender Mittel, besonders für die Rentenversorgung und Zusatzrente, um Rückgriffe auf die Kapitalabfindungsmittel zu vermeiden.
4. Erhöhung der Kapitalabfindungsmittel.
5. Der Versorgung der alternden Kriegsbeschädigten und Kriegerwitwen ist das grösste Augenmerk zuzuwenden.
6. Bereitstellung ausreichender Mittel zur Beweiserhebung und Kostenerstattung im Versorgungsverfahren.
7. Hinreichender Schutz der Schwerbeschädigten im Wirtschaftsleben.
8. Hebung der Versorgung der alleinstehenden Kriegerwitwen.
9. Aufrechterhaltung der Versorgungsbehörden.

Vorstehende Forderungen finden ihre Begründung schon allein darin, dass die Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen für die Erhaltung des Reiches Gesundheit und das Leben des Ernährers geopfert haben. Sie fordern daher auch von anderen Bevölkerungsschichten, insbesondere von den Besitzenden, dass auch sie in schwerer Zeit Opfer bringen, um eine Gesundung der Reichsfinanzen herbeiführen zu helfen und es dem Reiche zu ermöglichen, seinen sozialen Verpflichtungen nachzukommen."

---

SPD. Paris, 26. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Ministerkrise in Frankreich wird allmählich zur Komödie.

Es war schon ein starkes Stück, dass die Marin-Leute, nur um an der Regierungs-Futterkrippe bleiben zu können, sich für die Verteidigung der Laiengesetzgebung aussprachen, sie, die die Vernichtung der Laienrepublik in ihrem Programm immer wieder feierlich versprochen und geschworen haben. Trotzdem finden sich Leute genug, um diese Jesuitenpolitik, die um des Zweckes willen auch die schlechtesten Mittel nicht verabscheut, als Weisheit höchsten Schiuss zu feiern. Auch Herr Laval scheint die Haltung der Marin-Leute keineswegs befremdlich zu finden; er, der einst als Arbeiterführer in der sozialistischen Partei gross geworden ist, tut jedenfalls alles, um sich ihre kostbare Mitarbeit in seiner Regierung zu sichern. Dabei hat er aber gleichzeitig der radikalen Partei versprochen, dass er sich das radikale Parteiprogramm in seiner Gesamtheit einschliesslich der Entwicklung der kostenlosen Laienschule, der Verbesserung der sozialen Gesetzgebung und der entsprechenden Fortsetzung der Friedenspolitik zu eigen mache. Dazu hat er den Radikalen nicht weniger als vier Ministersitze und eine entsprechende Zahl von Unterstaatssekretariaten angeboten, während er für sich selbst das Innenministerium zur Verfügung halten will.

Im Lager der radikalen Partei scheint die Neigung zur Mitarbeit an einem republikanischen Kabinett ohne Republikaner nicht gerade gross zu sein, obwohl einige wenige Politiker auf dem rechten Flügel der Partei sich bisher noch immer nicht abschrecken liessen. Die sozialistische Partei hat den Radikalen den schärfsten Kampf angedroht, falls sie wirklich den Mut haben sollten, in eine reaktionäre Kombination Laval einzutreten. Auf jeden Fall aber behaupten die politischen Auguren, dass Laval noch in der Nacht zum Dienstag sein Kabinett mit oder ohne Radikale unter Dach und Fach zu bringen entschlossen sei. Man dürfe sich also auf eine nur leicht veränderte Neuauflage des reaktionären Kampfkabinettes Tardieu gefasst machen.

---

SPD. Der Ausschuss für den Reichshaushalt befasste sich am Montag mit einem sozialdemokratischen Initiativgesetzentwurf, nach dem der in der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember vorgesehene starre Abzug von 6 % bei allen Beamtengehältern durch eine nach sozialen Rücksichten vorgesehene Staffelung ersetzt werden soll.

Abg. Dr. Volter (Soz) begründete den Antrag, auf Grund dessen eine Kürzung der Gehälter in der Weise vorgenommen werden soll, dass die unteren Gruppen entlastet werden, wobei der finanzielle Ausfall gegenüber der Regelung der Notverordnung durch eine stärkere Heranziehung der höheren Gruppen ausgeglichen werden soll. Der Redner begründete ferner in ausführlicher Weise die von der Sozialdemokratie beantragte Ablehnung der Erhöhung des Stellenvorbehalts für Versorgungsanwärter. - Abg. Aufhäuser (Soz) wandte sich gegen die mechanische Uebertragung der Beamtengehältskürzung auf die Behördenangestellten deren Lage keineswegs beamtenähnlich sei. Die Notverordnung hebe die tarifmässig vereinbarten Kündigungsfristen auf und schaffe so für das gesamte Tarifwerk eine pedenkliche Rechtsunsicherheit. Die Sozialdemokratie verlange

daher jetzt mindestens, dass für die Behördenangestellten der Schiedsspruch vom 31. Januar durch die Regierung angenommen werde. Ganz unerträglich sei die Fassung des § 6 der Notverordnung, wonach auch in den gemischtwirtschaftlichen Betrieben für einzelne Unternehmungen ohne Rücksicht auf die bestehenden allgemeinen Industrietarife der Gehaltstarif gekündigt worden sei. In einer sozialdemokratischen Entschliessung werde das Reichsfinanzministerium daher aufgefordert, diese rechtswidrigen Tarifikündigungen, wie sie zum Beispiel die Elektrowerke A.G. vorgenommen habe, rückgängig zu machen. Der Stellenvorbehalt für Versorgungsanwärter, der in der Notverordnung auf die gesamte Sozialversicherung ausgedehnt worden sei, müsse die Erwerbslosigkeit der Angestellten weiter vermehren und bringe einen unerträglichen Eingriff in die Selbstverwaltung. Die ganzen Bestimmungen der Notverordnung wirkten wie ein Ausnahmegesetz gegen die Angestellten. Durch die eingebrachten sozialdemokratischen Anträge sollten die notwendigen sozialen Korrekturen vorgenommen werden.

Reichsfinanzminister Dietrich erklärte, dass man im Reichsfinanzministerium alle Varianten, auch die Staffelung durchgeprüft habe. Man sei aber immer gescheitert, weil die grösste Zahl der Beamten in den unteren und mittleren Gruppen sich befinde. Auch die Freigrenze von 1200 Mark führe nicht zum Ziel. Bei der in der Notverordnung vorgesehenen Kürzung der Gehälter ergebe sich eine Ersparnis für das Reich von 63 Millionen, bei der Post von 62 Millionen, bei der Reichsbahn von 82 Millionen, zusammen also 207 Millionen. Die Durchführung des sozialdemokratischen Antrags würde eine Ersparnis bringen für das Reich von 57 Millionen, für die Post von 44,5 Millionen, für die Reichsbahn von 60 Millionen, im ganzen also 161,5 Millionen, das heisse gegen die Notverordnung um 45,5 Millionen weniger. Der entsprechende Ausfall bei den Ländern und Gemeinden würde schätzungsweise 55 Millionen von insgesamt 270 Millionen ausmachen. Das Endergebnis würde also sein, dass bei Annahme des sozialdemokratischen Antrags von den insgesamt 477 Millionen Mark 100 Millionen Mark weniger aufkommen würden. Er bitte dringend, keine Beschlüsse zu fassen, die den Ertrag derartig beeinträchtigten. Es sei auch unhaltbar, dass die Löhne der Arbeiter um 6 % gekürzt würden und der Beamte, der doch niemals arbeitslos werden könne, einen geringeren Gehaltsabzug erfahre. Er bitte dringend, die Angelegenheit in einem Unterausschuss weiter zu behandeln, dem er alle nur gewünschten Unterlagen zur Verfügung stellen werde.

Nachdem die Vertreter der anderen Fraktionen teils zustimmend, teils, wie die Deutschnationalen und Nationalsozialisten, sich ablehnend geäussert hatten, wurde der Antrag, die Angelegenheit zur Weiterberatung an den ständigen Unterausschuss zu überweisen, angenommen.

SPD. Paris, 26. Januar (Eig. Drahtb.)

Der kommunistische Bürgermeister des Pariser Fabrik-Vororts St. Denis ist seiner Funktionen enthoben worden. Mit ihm haben zwei seiner Beigeordneten, ebenfalls der kommunistischen Partei angehörend, das gleiche Schicksal erfahren. Wie die "Liberté" mitteilt, sollen sich die drei gemassregelten Funktionäre schwere Unregelmässigkeiten zuschulden haben kommen lassen und vor ein Disziplinargericht gestellt werden.

SPD. Der sozialdemokratische Abgeordnete Jürgensen hat im Preussischen Landtag folgende Kleine Anfrage eingebracht :

"Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Sprenger (Frankfurt a.M.), der, wie man sagt, bereits erhebliche politische Erfolge, besonders auf dem Gebiet der Verunglimpfung der Sozialdemokratie aufzuweisen haben soll, gehört nebenbei noch dem Preussischen Staatsrat an. Ausserdem ist dieser Mann,

um seine scheinbar vielseitigen Fähigkeiten ausnutzen zu können, auch noch Mitglied des Verwaltungsbeirats der Reichspost. Da nun der Preussische Staatsrat wie auch der Verwaltungsbeirat der Reichspost für die Teilnahme ihrer Mitglieder an Sitzungen Tagegelder und andere Gebühren zahlen, kann es vorkommen, dass ein Mitglied in Schwierigkeiten gerät, wenn die Tagungen zusammenfallen. Von diesem Unglück wurde scheinbar auch der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Sprenger betroffen. Mir ist folgender Fall bekannt :

Am 13., 14. und 15. Januar 1931 tagte der Staatsrat. Der Nationalsozialist Sprenger nahm an diesen Sitzungen teil. Da er bereits als Reichstagsabgeordneter seine Tagegelder auch für diese 3 Tage in Höhe von 20 RM pro Tag erhalten hatte, zahlte ihm die Staatsratskasse nur den überschüssenden Betrag von 17,50 RM. pro Tag, zusammen für 3 Sitzungstage 52,50 RM.

Zum Unglück tagte in denselben Tagen auch der Verwaltungsbeirat der Reichspost und zwar am 15., 16. und 17. Januar. Der nationalsozialistische Abgeordnete war auch Teilnehmer von diesen Sitzungen. Trotz seiner Anwesenheit in Berlin liess der Herr Reichstagsabgeordnete sich auch das übliche Anmarschgeld für einen Reisetag in Höhe von 30 RM für den 14. Januar zahlen. In Wirklichkeit hatte er keine Reiseauslagen gehabt, er sass bereits am 14. Januar im Staatsrat und hatte zu seinen Reichstagsdiäten bereits seinen Anspruch auf die Staatsratsdiäten angemeldet, die ihm später auch gezahlt worden sind. Am 15. Januar bezog Herr Sprenger neben den Reichstagsdiäten die erwähnten Diäten im Staatsrat und ausserdem noch 50 RM. Tagesgelder vom Verwaltungsbeirat der Reichspost. Da die Sitzungen des Staatsrats am 15. Januar beendet waren, musste er sich am 16. mit der zusätzlichen Zahlung von 50 RM. durch die Reichspost zu seinen Reichstagsdiäten begnügen. Am 17. Januar erhielt er denselben Betrag von der Reichspost, ausserdem aber auch die Abmarschgebühr von 30 RM. für die Heimfahrt. Nun hat Herr Sprenger freilich diesen Betrag nicht für die Heimfahrt verwandt, sondern eine Fahrt über Hamburg nach Flensburg gemacht.

Ob der Reichstagsabgeordnete Sprenger den Versuch gemacht hat, von der Reichspost auch noch Fahrgeld herauszuholen, kann nicht bewiesen werden. Wie verlautet, soll dieser vielseitige parlamentarische Vertreter des Dritten Reiches jedoch versucht haben, die ganzen Staatsratsdiäten zu bekommen ohne Rücksicht auf die bereits erhaltenen Reichstagsdiäten.

Nachdem dieser Versuch gescheitert war, musste er sich also nach den vorstehenden Darlegungen darauf beschränken, für die Zeit vom 13. bis 17. Januar, also für 5 Tage, folgende Beträge einzustecken: a) als Reichstagsabgeordneter vom Reichstag 100 RM., b) als Staatsratsmitglied für 3 Sitzungen 52,50 RM., c) als Mitglied des Verwaltungsbeirats der Reichspost für 3 Sitzungen einschliesslich An- und Abfahrt 210 RM., zusammen 362,50 RM. Vom Standpunkt Preussens interessieren in erster Linie die Staatsratsdiäten.

Ich frage daher: 1.) Hält die Staatsregierung die Zahlung der Staatsratsdiäten an den Nationalsozialisten Sprenger für den 14. und 15. Januar für zulässig, zweckmässig und notwendig, nachdem bereits erhebliche Zahlungen für diese Tage durch die Reichspost zu den bereits gezahlten Reichstagsdiäten erfolgt waren? 2.) Ist es richtig, dass der Nationalsozialist Sprenger sich im Büro des Staatsrats um die ganzen Diäten bemühte ohne Anrechnung der Reichstagsdiäten?

+ + +

Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass Herr Sprenger für den gleichen Tag aus öffentlichen Kassen folgende Bezüge empfangen hat: als Postinspektor etwa 20 M, als Mitglied des Reichstags ebenfalls 20 M, als Mitglied des Preussischen Staatsrats 17,50 M, als Mitglied des Verwaltungsrats der Reichspost 50 M., insgesamt 107,50 Mark. Das aber hat Herr Sprenger noch nicht genügt, er hat auch der Reichspost je 30 M für Hin- und Rückreise berechnet, also zusammen 60 Mark, obwohl er beide Reisen von oder nach seinem Wohnort nicht vorgenommen hat. Ausserdem aber hat Herr Sprenger, obwohl er beim Staatsrat nur auf eine Entschädigung von 17,50 M Anspruch hat, den

Betrag von 37,50 Mark beansprucht.

Dieser Herr Sprenger ist einer der übelsten nationalsozialistischen Agitatoren. Seine Reden bestehen nur aus Schimpfereien gegen die Parteibuchbeamten, gegen die Korruption in der Republik, für die Reinlichkeit im öffentlichen Leben. "Allgemeinwohl geht vor Eigennutz", ist eine seiner ständigen Redensarten. Das Bild dieses Gesellen aber wird erst vollständig, wenn man weiss, dass er seine Tätigkeit im Verwaltungsrat der Reichspost mit einem Antrag begann, die Bezüge um die Hälfte zu verkürzen.

SPD. München, 26. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Münchener Rechtsanwalt Dr. Jung, der als angeblicher Organisator der Ermordung des pfälzischen Separatistenführers Heinz-Orbis fortgesetzt eine widerliche Reklame für seine Person macht, verklagte sozialdemokratische Redakteure, die an Hand von Tatsachen seine patriotische Haltung im Pfälzer Abwehrkampf gegen die Franzosen kritisch beleuchtet und behauptet hatten, Dr. Jung habe sich seinen Patriotismus teuer bezahlen lassen, wegen Beleidigung. Der bereits in 2. Instanz geführte Prozess endete mit einer formalen Verurteilung der Beklagten zu 500 Mark Geldstrafe, während der eigentlich Gerichtete Jung ist.

Die Behauptungen der sozialdemokratischen Redakteur, die die sogenannte nationale Ehre des Klägers antasteten, gingen auf Mitteilungen des Pfalz-Kommissars der bayerischen Regierung im Landtag zurück und auf Worte, die ein Abgeordneter der Bayerischen Volkspartei in einer Sitzung des Landtages gebraucht hatte. Die Öffentlichkeit, besonders die der Pfalz, hatte das grösste Interesse daran, zu erfahren, dass Dr. Jung nach seiner Ausweisung durch die Franzosen vom Reich eine Entschädigung von mindestens 50 000 Mark gefordert hat und mit Klage drohte, als ihm diese hohe Summe verweigert wurde. Tatsächlich erhielt er "nur" 20 000 Goldmark Entschädigung und 11 215 Goldmark Betreuungsbeihilfe, während Tausende seiner Landsleute, die ihre Vaterlandsliebe mit Existenzverlust und Gefängnisstrafen bezahlt hatten, nichts verlangten und nichts bekommen haben. Darunter waren besonders viele sozialdemokratische Arbeiter. Auch der von Jung beklagte Redakteur der "Pfälzischen Post" musste sein mannhaftes Eintreten gegen die Uebergriffe der französischen Besatzung mit 15 Monaten Gefängnis büssen, ohne für seine patriotische Handlung vom Reiche eine Entschädigung zu verlangen.

Die besondere Zwiespältigkeit des Klägers äusserte sich aber darin, dass er nach seiner Ausweisung in München ein Buch über "Die Herrschaft der Minderwertigen" schrieb, in dem er die Demokratie verlästerte, einen grossen Teil des deutschen Volkes in seiner Ehre beschimpfte und u.a. erklärte: "Die Rentenerschleichung ist einer der Haupterwerbszweige des deutschen Volkes geworden". Im gleichen Augenblick aber ging er selbst her und verlangte mindestens 50 000 Goldmark aus den Steuergroschen des Volkes, ohne den geringsten Rechtsanspruch darauf zu haben.

Die erste Instanz hatte die beklagten Redakteure in einem unerhörten Tendenzurteil zu je 1000 Mark wegen Beleidigung verurteilt. Die Berufungsinstanz setzte diese Strafe jetzt auf die Hälfte herab, was immer noch als ein unbegreifliches Diktum bezeichnet werden muss, denn durch die Zeugenaussagen wurde einwandfrei nachgewiesen, dass die angeblichen beleidigenden Äusserungen nur eine sinn- und wortgetreue Wiedergabe aus einer Sitzung des Landtages darstellten. Trotz dieser formalen Verurteilung der Beklagten ist aber der Kläger Dr. Jung in der politischen Öffentlichkeit gerichtet. Die beeidigten Aussagen des Geheimrats Dr. Jolas, des ehemaligen Pfalz-Kommissars, beleuchteten den Patriotismus des Dr. Jung in einer Weise, dass seine politischen Freunde gezwungen sein werden, ihren Schützling endgültig fallen zu lassen.

SPD. Halle, 26. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Allgemeine Konsumverein Halle und Umgebung hat sich, wie die Verwaltung am Montag mitteilt, genötigt gesehen, wegen Zahlungsstorkungen seine Kas- sen zu schliessen. Die Verwaltung soll sich bemühen, zur Abwendung des unvermeidlichen Konkurses den Gläubigern einen Vergleichsvorschlag zu unterbreiten.

In dem hiesigen Kommunistenblatt wird am Montag der Versuch unternommen, den seit langem erwarteten Zusammenbruch der kommunistisch geleiteten Genos- senschaft den "Sozialfaschisten" in die Schuhe zu schieben. Demgegenüber ist festzustellen, dass die städtischen Werke schon seit längerer Zeit den Fuhr- park der Genossenschaft wegen rückständiger Steuern haben beschlagnahmen las- sen. Ebenso wurde Beschlag auf die Mieten gelegt. Die Allgemeine Ortskranken- kasse, der der Konsumverein 25 000 Mark an vorenthaltenen Krankenkassenbei- trägen schuldet, hat die Maschinen beschlagnahmen lassen. Die Kreissparkasse sah sich genötigt, den Kredit zu sperren. Die Mühlenwerke stellten die Liefe- rungen an Mehl usw. ein. All das ist das Ergebnis einer jahrelangen kommuni- stischen Misswirtschaft. Der Versuch, den Sozialfaschisten die Zerstörung der Genossenschaft zuzuschreiben, muss schon insofern missglücken, als der Konsum- verein seit 1920 in kommunistischen Händen ist.

SPD. Der preussische Minister des Innern äusserte sich am Montag im Ge- meindeausschuss des preussischen Landtags zu dem neuen Entwurf eines Selbst- verwaltungsgesetzes für die Stadt Berlin dahin, dass an Stelle des Magistrats ein Bürgermeisterkollegium treten soll, dessen Vorsitz der Oberbürgermeister führt. Der Kardinalpunkt des Gesetzes sei, dass die letzte Aufsicht und die letzte Verantwortung in der Person des Oberbürgermeisters vereinigt werden müssten. Das Bürgermeisterkollegium solle ausser aus dem Oberbürgermeister nur aus wenigen Personen bestehen, die im übrigen die ständigen Vertreter des Oberbürgermeisters und seine Gehilfen in der Leitung und Beaufsichtigung der ganzen Verwaltung sein würden.

+ + +  
Der Ausschuss der Berliner Stadtverordnetenversammlung zur Vorbereitung der Wahl eines Oberbürgermeisters und Stadtkämmerers kam am Montag überein, die Wahlen vorläufig noch zu vertagen und zunächst den Verlauf der Beratungen des neuen Berlin-Gesetzes im preussischen Landtag abzuwarten.

SPD. Am Montag wurde - wie uns aus Wien gemeldet wird - von dem ungari- schen Ministerpräsidenten Graf Bethlen und dem österreichischen Vizekanzler Dr. Schober ein Freundschafts- und Schiedsgerichtsvertrag unterzeichnet.

SPD. Paris, 26. Januar (Eig. Drahtb.)

In Strassburg hat neuerdings eine Privatbank ihre Schalter schliessen müssen. Es handelt sich um die Bank Binz und Co., deren Passiven nicht allzu gross sein sollen, sodass die Gläubiger der Bank wahrscheinlich voll oder aber zu einem hohen Prozentsatz befriedigt werden.

SPD. Am Mittwoch wird der Geschäftsordnungsausschuss des Reichstags zusam- mentreten, um die Vorschläge zur Änderung der Geschäftsordnung und die Anträge auf Einstellung von Strafverfahren gegen Abgeordnete zu beraten. Auf der ge- druckten Tagesordnung für diese Sitzung finden wir 52 solcher Anträge. Es

handelt sich aber um eine weit grössere Zahl von Verfahren, denn zu den aus dem Hause vorliegenden Anträgen kommen noch die Gesuche von Behörden um Einleitung neuer Verfahren. Rechnet man die einzelnen auf den Drucksachen verzeichneten Anträge mit den von den Behörden eingereichten Gesuchen zusammen, so ergibt sich eine Gesamtzahl von 280 Strafverfahren, die auf Grund der Immunität aus der Welt geschafft werden sollen. Die Immunität ist ein altes Recht des Parlaments, mit dem es seine Arbeitsfähigkeit schützen will. Wird die Immunität umgekehrt von einzelnen Abgeordneten oder Parteien dazu benutzt, um sich ausserhalb der Rechtsprechung zu stellen, so ist das ein Missbrauch, dem der Reichstag aufs entschiedenste begegnen muss.

Von der Gesamtzahl von 280 Strafverfahren, deren Einstellung der Reichstag beschliessen soll, entfallen nicht weniger als 209 auf die Nationalsozialistische Fraktion. Die Kommunistische Fraktion ist mit 64 Anträgen bei diesem Massensturm auf die Immunität beteiligt. Auf alle übrigen Fraktionen des Reichstages kommen nur 7 Anträge: Sozialdemokraten 3, Deutschnationale 2, Bauernbund 1, Volksnationale 1. Es ergibt sich also schon aus dieser Aufzählung, dass die beiden Parteien, die in ihrer Agitation die Beseitigung des Parlaments fordern, das Parlament nur dazu missbrauchen wollen, um ihren Abgeordneten völlige Straffreiheit für ihre Handlungen zu schaffen. Diese Straffreiheit soll sich aber nicht nur auf die Zeit erstrecken, in der die Abgeordneten schon dem Reichstag angehörten. Nationalsozialisten und Kommunisten verlangen für sich noch ein Sonderrecht insofern, als auch alle Verfahren eingestellt werden sollen, die schon eingeleitet worden sind, als an die Abgeordneten-tätigkeit der meisten Immunitätslüsternen noch nicht gedacht worden ist.

Bei der Kommunistischen Fraktion handelt es sich zumeist um Beleidigungen durch die Presse und in Versammlungen. In einigen Fällen sollen auch schwerere Vergehen geahndet werden. Mehrere Abgeordnete werden des Landfriedensbruchs, der Aufforderung zum Steuerstreik oder des Ungehorsams gegen Anordnungen bezichtigt. Gegen die Abgeordneten Buchmann, Lohagen, Maddalena, Meyer-Franken, Rädcl, Remmele und Schneller schweben Verfahren wegen Hochverrats. Die Führer der Kommunistischen Partei wollen also den Vorzug für sich in Anspruch nehmen, von der Strafverfolgung in allen Fällen geschützt zu werden, während ihre Anhänger, die kein Abgeordnetenmandat besitzen, stets die Verantwortung für ihre Handlungen übernehmen müssen.

Weit schlimmer ist es mit der Nationalsozialistischen Partei bestellt. Auch hier handelt es sich zumeist um öffentliche Beleidigungen durch die Presse und in Versammlungen. An der Spitze steht der Abgeordnete Buch, gegen den 36 Verfahren anhängig sind. Neben den üblichen Beleidigungen hat er sich mehrerer Vergehen gegen das Republikschutzgesetz schuldig gemacht. An zweiter Stelle kommt Gregor Strasser, der 27 Mal wegen Beleidigung oder Vergehens gegen das Republikschutzgesetz angeklagt ist. Als dritter erscheint der ehemalige Pastor Münchmeyer, der im Reichstag den Titel "Fleischbeschauer des Dritten Reiches" erhalten hat. Dieser Gottesmann soll sich verantworten wegen Beleidigung, Vergehen gegen das Republikschutzgesetz und unbefugter Titelführung. Den Abg. Koch-Königsberg betreffen 23 Anträge. Gegen Goebbels, den Hitler in Kleinformat, liegen "nur" 16 Strafverfahren vor, zumeist wegen Beleidigung, einmal wegen Beschimpfung der Reichsfarben. 12 Strafverfahren schweben gegen den Abgeordneten Feder; in einem Falle wird um die Genehmigung zur Durchführung eines Vorführungsbefehls ersucht.

Eine ganz besondere Nummer ist der nationalsozialistische Abgeordnete Ley. Gegen ihn schweben mehrere Verfahren wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik, zweimal wird um die Genehmigung zur zwangsweisen Vorführung gebeten. Trotz seines aus verschiedenen Quellen fliessenden verhältnismässig hohen Privateinkommens verweigert er die Zahlung einer Geldstrafe, infolgedessen ersucht das zuständige Gericht um die Genehmigung zur Vollstreckung der dafür fälligen Freiheitsstrafe. Der braunschweigische Minister Franzen will die Weiterführung des Verfahrens wegen Begünstigung verhindern. Der thüringische Minister Frick verlangt Immunität bei Beleidigung



durch die Presse. Der Abgeordnete Krause (Ostpreussen) will sich der Verantwortung für eine von ihm begangene Körperverletzung entziehen. Der Abgeordnete Lenz beantragt Straffreiheit für sein Vergehen Widerstand gegen die Staatsgewalt. Die Abgeordneten Dr. Löpelmann und Fabricius wünschen die Einstellung der gegen sie schwebenden Disziplinarverfahren. Der Abgeordnete von Ulrich erwartet Straffreiheit in einem beim Reichsgericht schwebenden Verfahren wegen Hochverrats.

So geht es in bunter Reihe durch alle 209 von der Nationalsozialistischen Reichstagsfraktion gestellten Anträge auf Immunität. 35 Mitglieder dieser Fraktion, ein volles Drittel also, sind daran beteiligt. Und das erst am Anfang der Tagung des Reichstags vom 14. September! Es zeigt sich darin eine Verwilderung des politischen Kampfes, der der Reichstag durch Anerkennung der Immunität keinen Vorschub leisten darf. Der Geschäftsordnungsausschuss des Reichstags und das Plenum werden dafür zu sorgen haben, dass dem Missbrauch der Straffreiheit ein Ende gemacht wird. Der Reichstag kann nicht seine Zustimmung dazu geben, dass die Immunität von einem Teil der Abgeordneten zur straffreien Verleumdung, zur Umgehung der Strafgesetze und zur Verhöhnung der Justiz benutzt wird!

SPD. Bochum, 26. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Bergbau-Industriearbeiterverband richtet an die Reichsregierung eine Eingabe, in der er auf die nach den letzten Schiedssprüchen in den Bergbaurevieren bei den Bergarbeitern entstandenen Sorgen hinweist und die Reichsregierung ersucht, Massnahmen zur Linderung dieser Sorgen unverzüglich zu ergreifen und sich dabei der folgenden Hinweise zu bedienen.

"Die Art und Weise - so heisst es in der Eingabe -, wie die Zechenbesitzer den Abbau der Löhne betrieben und begründet haben, hat in uns die Befürchtungen verstärkt, dass damit der von der Reichsregierung erstrebte volkswirtschaftliche Nutzeffekt nicht erreicht werden wird. Der Reichsregierung ist durch die Tarifverhandlungen, durch die Beratungen der Kohlenwirtschaftsorgane und des Reichswirtschaftsrates nicht unbekannt geblieben, dass namentlich im Ruhrbergbau die Lohnkosten infolge ihrer fallenden Tendenz ein immer weniger preisbestimmendes Moment geworden sind. Zwischen dem Lohnabbau und dem von den Syndikaten zugestandenen Preisnachlass besteht kein natürlicher Zusammenhang. Er ist in den Verhandlungen von den Unternehmern künstlich konstruiert worden, wodurch die Bedeutung der starken Preiselemente und ihre Angleichung an die veränderte Wirtschaftskonjunktur vernachlässigt worden ist. Daher ist die allgemeine Auswirkung der Kohlenpreis-Senkung, wie aus der Entwicklung des Grosshandelsindex für Kohle hervorgeht, hinter dem Satz der Lohnherabsetzung zurückgeblieben. Wenn dieser Vorgang, wie wir befürchten, sich in anderen Wirtschaftszweigen wiederholt, so wird daran die Hoffnung der Arbeiter auf baldige Wiederauffüllung ihres geschmälerten Reallohnes scheitern und die gegenwärtige Absatzstockung noch verschlimmert werden. Um dies abzuwenden bitten wir die Reichsregierung, ihre Bemühungen zur Senkung des Preisniveaus mit aller Energie fortzusetzen. Dazu gehört, dass der Staat seinen Organen in Reich, Ländern und Kommunen noch mehr als bisher zum Bewusstsein bringt, dass er der grösste Konsument Deutschlands ist, und seine Konsumenteninteressen sich mit den Interessen aller anderen Konsumenten durchaus decken. Die Arbeiter werden ein Versagen des Preisabbaues mit einem Versagen der Staatspolitik gleichsetzen.

Eine weitere Sorge bereitet den Bergarbeitern das ungewisse Schicksal ihrer Knappschaftsversicherung. War im Zusammenhang mit der Lohnfrage eine Klärung dieses Problems nicht möglich, so gilt es jetzt, das notwendige Sanierungswerk unverzüglich in Angriff zu nehmen. Die ersten Schritte dazu haben die Versicherten durch die bekannten statuarischen Veränderungen der Versiche-

rungsgrundlage selbst getan. Sie haben damit Opfer auf sich genommen, deren Gewicht niemand verkennen kann. Die Lasten, die die Knappschaftsversicherung unter den Folgen des Krieges und der Rationalisierungsmassnahmen der Zechenbesitzer zu tragen hat, sind aber zu gross, um ohne öffentliche Hilfe bewältigt zu werden. Die dazu erforderlichen öffentlichen Aufwendungen aus den Mitteln des Reiches dienen unmittelbar der von den Unternehmern vernachlässigten Menschenökonomie im Bergbau. Was die Versicherten aus eigener Kraft zur Stützung der Knappschaft beitragen konnten, haben sie getan. Die vom Reich wiederholt anerkannte und betätigte Verpflichtung, der Knappschaft zu helfen, besteht weiter und muss auch im neuen Etatsjahr in dem Masse Erfüllung finden, als durch die öffentliche Dienstleistung der Knappschaft gerechtfertigt ist. Die Reichsregierung fordern wir daher auf, den Ausgleich des Knappschaftshaushalts über den Reichsetat herbeizuführen. Die Hilfe der Reichsregierung reklamieren wir endlich für die Durchführung einer Arbeitsbeschaffungs- und Arbeitsvermittlungspolitik, um der katastrophalen Arbeitsnot im Bergbau Einhalt zu gebieten. Die von uns aufgezeigte Möglichkeit, im Zuge der Arbeitszeitverhandlungen gegen Ende des vorigen Jahres eine konstruktive Lösung des Beschäftigungsproblems anzubahnen, ist leider nicht ergriffen worden. Wir wollen hier nicht noch einmal alle Gründe wiederholen, aus denen die Bergarbeiter den Anspruch auf Beendigung der Mehrarbeitszeit herleiten. Sie sind der Reichsregierung bekannt. Wir fordern die Arbeitszeitverkürzung nicht, um unmittelbare Erleichterungen für die noch in Arbeit stehenden wegen, sondern als Notmassnahme, um die Ueberflutung des Arbeitsmarktes abzdämmen. Diese Flut droht Sintflut des deutschen Wirtschafts- und Staatslebens zu werden. Die Aufhebung oder doch wenigstens die zeitweilige Suspendierung des Mehrarbeitszeitabkommens ist die letzte Zuflucht vor dem Chaos.

Es ist - so schliesst die Eingabe - keine Zeit mehr zu verlieren. Was mit den Mitteln der Tarifpolitik nicht möglich war muss jetzt mit den Mitteln der Staatspolitik in letzter Minute nachgeholt werden. Wir bieten der Reichsregierung für die Ueberleitung auf die verkürzte Schichtzeit unsere Mitwirkung an. Wer wie wir zusammen mit einem grossen Teil des deutschen Volkes die ständig anschwellende Lawine des Unheils sich heranwälzen sieht, erfüllt nur die ernste Pflicht der Stunden, wenn er die Verantwortlichen aufruft, das zur Abwendung der Gefahr Erforderliche zu tun. Wir erwarten, dass die Reichsregierung alles daransetzt, diesem Notruf gemäss zu handeln."

-----

SPD. London, 26. Januar (Eig. Drahtb.)

In Lahore hatte vor einiger Zeit ein Inder den Gefängnisdirektor erschossen. Am Montag wurde der Täter zum Tode verurteilt.

In Rangpur (Bengal) griffen Moslems eine Hinduprozession an. Polizei musste eingreifen. In dem entstandenen Kampf wurde ein Mohammedaner getötet, 50 wurden verwundet und über 300 verhaftet. Zahlreiche Hindus und Polizisten wurden ebenfalls verwundet.

-----

SPD. Im Hauptausschuss des Preussischen Landtags wurde am Montag zu den Hochwasserschäden im Gebiete des Rheins ein Antrag angenommen, in dem das Staatsministerium ersucht wird,

1. in Verbindung mit dem Reich und den in Frage kommenden Provinzen einen Generalplan für Hochwasserschutzanlagen im gesamten preussischen Gebiet des Rheins und seiner Nebenflüsse durch Sachverständige aufstellen zu lassen und möglichst durch Anleihemittel schleunigst zur Ausführung zu bringen; 2. insbesondere die in diesem Rahmen liegenden Arbeiten beschleunigt zu Ende zu führen; 3. den Hochwasserschutzfonds für die Rheinlande für die nächsten drei

Jahre auf 1,5 Millionen zu ergänzen. - Ausserdem soll die dringendste Not, der durch das letzte Hochwasser Geschädigten nach Möglichkeit durch Gewährung von Beihilfen usw. behoben werden. Den Schwergeschädigten sollen durch Steu-erstundungen bzw. Steuerniederschlagungen weitgehende Erleichterungen ge-währt werden. Im Bedürfnisfalle sollen die vom Staat früher in gleicher Frage gewährten Kredite und Beihilfen niedergeschlagen werden. Durch staatliche Bei-hilfen sollen die Zinssätze der Darlehen aus Anlass früherer Hochfluten des Rheins auf ein erträgliches Mass herabgesetzt werden. Die Tilgung der Dar-lehen, die vom Jahre 1932 ab zurückgezahlt werden sollen, ist auf eine Frist von 15 bis 20 Jahren einzustellen. Ferner wurde beschlossen, dass dem Land-tag jährlich eine Nachweisung über die Verwendung der Mittel für Hochwasser-schutzmassnahmen vorzulegen ist.

---

SPD. London, 26. Januar (Eig. Drahtb.)

Das englische Unterhaus erörterte am Montag-Nachmittag das Ergebnis der englisch-indischen Konferenz. MacDonald berichtete unter grossem Beifall. Zum Schluss bat er die Parteien, die Regierung auf dem eingeschlagenen Weg weiter arbeiten zu lassen, damit der Name Englands unter den Völkern in Ehren be- stehen könne.

Die Liberalen brachten ihre volle Anerkennung für die Tätigkeit der Ar-beiterregierung in der indischen Frage zum Ausdruck. Die Konservativen führten eine sehr vorsichtige Sprache. Es war für die Debatte sehr bezeichnend, dass die konservative Partei nicht den Gewaltanbeter Churchill vorschickte, son- dern den sehr gemässigten, in der Indienfrage mit der Arbeiterregierung über- einstimmenden Sir Samuel Hoare.

---

SPD. Bombay, 26. Januar (Eig. Drahtb.)

Gandhi, sein Sekretär, Nehru, Frau Naidu, Patel und die übrigen Führer des allindischen Kongresses sind am Montag-Vormittag aus dem Gefängnis ent- lassen worden.

Die ganze Nacht über hatten riesige Menschenmassen vor den Gefängnistoren gewartet, um die in die Freiheit Zurückkehrenden zu begrüßen. In ganz Indien herrscht Jubel und Freude. Gandhi sass wie üblich an seinem Spinnrad im Ge- fängnis zu Poona, als er die Nachricht von seiner Freilassung erhielt. Er nahm sie gelassen auf. Vergebens warteten später die Pressevertreter, um von dem Freigelassenen seine Meinung über die neue Lage und über die Ergebnisse der Londoner Konferenz zu hören. Der gleich einem Heiligen verehrte Führer der in- dischen Freiheitsbewegung wahrt an jedem Montag-Vormittag einem früheren Ge- löbnis nach das Schweigen. Kein Wort kommt von seinen Lippen.

Am besten zeigt der Börsenbericht den Umschwung der Lage. Baumwollaktien z.B. stiegen am Montag teilweise um 20 Punkte. Es herrscht grosse Freude in allen Lagern, die in den Zeitungen und besonders auf den Strassen lauten Aus- druck findet. Vor dem Viktoria-Bahnhof in Bombay harreten Zehntausende von Men- schen in der Annahme, dass Gandhi hier eintreffen würde.

---

SPD. London, 26. Januar (Eig. Drahtb.)

In einem Gefecht zwischen italienischen Truppen und Angehörigen des Stam- mes der Senussi, etwa 400 Meilen von der nordafrikanischen Küste entfernt, wurden auf italienischer Seite vier Soldaten getötet und 16 verwundet. Die Eingeborenen verloren rund 100 Tote.

---

Paul Singer.

Einem Grossen zum Gedächtnis.

SPD. Auf dem städtischen Friedhofe Berlin-Friedrichsfelde findet man die letzte Ruhestätte so mancher führenden Sozialisten Deutschlands. Dort liegt Wilhelm Liebknecht begraben, Hermann Molkenbuhr und Ignaz Auer, Hugo Haase, Luise Zietz, Adolf Braun - und noch viele andere wohlbekannte Namen aus der sozialistischen Bewegung klingen hier in die Gegenwart herüber. Ein hoher Obelisk trägt den Namen und das Reliefbild Paul Singers, dessen Todestag sich am 31. Januar zum zwanzigsten Male jährt.

Paul Singer - der Name hatte einst in der politischen Geschichte unseres Landes einen hellen Klang. Jahrzehnte lang hätte man sich den deutschen Reichstag nicht ohne die wuchtige Gestalt dieses Mannes denken können. Seit im Jahre 1884 unter der Schreckensherrschaft des Sozialistengesetzes die sozialdemokratischen Wähler des vierten Wahlkreises Alt-Berlins den Kaufmann Paul Singer zum ersten Male als Vertreter in den Reichstag geschickt hatten, wurde er immer wieder gewählt, so dass er über ein Vierteljahrhundert ununterbrochen den Reichstag zierte. Er war ein führender Parlamentarier der alten Schule, die die Lausbübereien des rick- und Thälmann-Zeitalters noch nicht kannte. Er war ein Führer der Opposition, von dessen Wirken die heutige ein Tausendfaches lernen könnte, wenn anderes sie überhaupt zu lernen fähig und willens wäre.

Es lohnt sich, Paul Singers an seinem Todestag nicht nur flüchtig zu gedenken. Seine Lebensarbeit war ein ununterbrochener Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und die demokratische Entwicklung unserer staatlichen Verhältnisse. Im Jahre 1844 geboren, wurde Singer Kaufmann und später Mitinhaber der Damen-Mäntelfabrik Gebr. Singer in Berlin. Schon 1872 findet man ihn im Demokratischen Arbeiterverein Berlins, einem radikal-oppositionellen Klub, dem auch Eduard Bernstein und später Ignaz Auer angehörte. Aus diesem Verein entstand die erste Gruppe der Sozialistischen Arbeiterpartei Eisenacher Richtung. Singer machte den Weg zur sozialistischen Weltanschauung nicht nur mit, er war einer derjenigen, die führend vorangingen. Zwar hätte man ihm, wie Bebel in seinen Lebenserinnerungen mitteilt, damals kaum ein langes Leben vorhergesagt. Vielmehr wurde er von einem Lungenleiden geplagt, das dem langaufgeschossenen jungen Manne hart zusetzte und, trotz Erholungsreisen nach dem Süden, fast unheilbar schien. Aber die tückische Krankheit wurde doch überwunden, und so öffnete sich für Singer Jahrzehnte fruchtbarster Arbeiten für die Klasse der Enterbten, in der zu jener Zeit die Tuberkulose noch furchtbarer wütete als heute.

Von früh an unterstützte Singer die Arbeiterbewegung auf mannigfachste Weise. Wo immer es an Mitteln für den Kampf oder an Unterstützung für die Notleidenden fehlte, die Kassierer fanden leicht den Weg zu "Ohm Paul", wie er in späteren Jahren gern genannt wurde. Und sie kamen nie vergebens. Unschätzlich wurde aber diese stete Hilfsbereitschaft des - die Hitlerleute mögen ein Hakenkreuz schlagen - jüdischen Sozialdemokraten, als die Schreckensherrschaft des Bismarck-Puttkamerschen Ausnahmegesetzes hereingebrochen war und alle Verbindungen gelöst hatte. In dieser Zeit bewies Singer wahre Grösse. Es gehörte Mut dazu, der Partei der Verfehmten als Geschäftsmann offen anzugehören. Noch grösserer Mut, in der Zeit der Verfolgungen für diese Partei zu kandidieren. Singer nahm die Gefahr auf sich. Er liess sich nicht nur in die Stadtverordneteversammlung von Berlin - als einen der ersten sozialdemokratischen Vertreter im Roten Hause - wählen, sondern auch in den Reichstag. In beiden Parlamenten hat er sich bald eine führende Stellung errungen. Im Reichstag lenkte er zunächst die Aufmerksamkeit auf sich, als er im Jahre 1886 die besonderen Schamlosigkeiten des preussischen Spitzelsystems aufdeckte und damit den Namen des Spitzels Ihring - Mahlow für die breiteste Öffentlichkeit bekanntmachte.

Die Folge war, dass auch er wie so viele andere auf Grund des sogenannten "Kleinen Belagerungszustandes" aus Berlin ausgewiesen wurde. Er siedelte daraufhin nach Dresden über.

Im Laufe seiner langjährigen parlamentarischen Arbeit wurde Singer der Sachverständige des Reichstags in Geschäftsordnungsfragen. Seine Autorität auf diesem Gebiete war einfach unbestritten. Lange Jahre war er Vorsitzender der Geschäftsordnungskommission des Hauses. Diese besondere Fähigkeit kam der Partei oft zu statten, ganz besonders in den Zollkämpfen des Jahres 1902, als die damalige sozialdemokratische Reichstagsfraktion den Bülow'schen Zolltarif mit den Mitteln der parlamentarischen Obstruktion bekämpfte. Seine tiefgehenden Kenntnisse des parlamentarischen Kleinkampfes, seine unbeirrbar Rechtlichkeit machte ihn damals zum Fels in dem wogenden Meer parlamentarischer Erregung.

Im Verlaufe dieser Kämpfe wusste sich die zollfreundliche Mehrheit im Reichstag nicht anders zu retten, als die Geschäftsordnung zu verschlechtern, so dass Äusserungen zur Geschäftsordnung von Abgeordneten nur noch vorgebracht werden konnten, wenn der Präsident nach seinem Belieben überhaupt das Wort erteilte. In dieser Situation ereignete es sich, dass der damals amtierende Präsident, der Zentrums-Graf Ballestrem den Führer der sozialdemokratischen Fraktion und Vorsitzenden der Geschäftsordnungskommission aus dem Reichstag wies. Diesem Ausweisungsbefehl leistete Singer jedoch nicht Folge, so dass, da andere Machtmittel damals noch nicht üblich geworden waren, die Sitzung des Parlaments aufliegen musste.

Im Reichstag wie im Stadtparlament zeichnete sich Singer durch die strenge Sachlichkeit aus, die seine Arbeit befruchtete. Mit besonderer Liebe aber, und das zeugt von dem hohen Sinn für praktischen Menschendienst, hing Singer an dem von ihm mitgegründeten Asylverein für Obdachlose, dessen Werk er bis an sein Lebensende betreute.

Zwanzig Jahre lang präsiidierte Paul Singer jeden sozialdemokratischen Parteitag, von 1890 in ununterbrochener Jahresfolge. Nur zweimal musste er wegen schwerer Erkrankung auf das Amt des "Grossglockners" verzichten. Als Vorsitzender der Partei und ihrer Reichstagsfraktion, als selbstverständlicher Präsident ihrer Parteitage lebt Paul Singer in der politischen Geschichte des Landes. In den Herzen der sozialdemokratischen Arbeiter lebt er weiter als ein unbeirrbarer und unerschrockener Führer in schwerer Kampfzeit!

Franz Klühs.

SPD. Hannover, 26. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Nationalsozialisten verübten in der Nacht zum Sonntag einen wohl vorbereiteten Angriff auf das Gewerkschaftshaus in Hameln. Während 4 Nazis in schon angetrunkenem Zustand das Restaurant des Gewerkschaftshauses betraten und Bier verlangten, blieben 25 draussen vor dem Lokal stehen. Der Wirt lehnte die Abgabe von Bier ab, worauf die vier den Wirt und den Kellner angriffen. Andere Gäste des Lokals kamen dem Wirt zu Hilfe. In diesem Augenblick stürmten die 25 Nationalsozialisten in das Lokal. Sie zertrümmerten sämtliche Fensterscheiben und demolierten das gesamte Mobiliar des Restaurants. Als Mitglieder eines Boxerklubs, die in einem Saal des Gewerkschaftshauses ein Vergnügen abhielten, auf die Schlägerei aufmerksam wurden, griffen sie ein und schlugen die Nazis in die Flucht. Zahlreiche Personen wurden verletzt. Ein Reichsbannermann, der zufällig in dem Lokal anwesend war, erhielt mehrere Messerstiche.

# W N s Aüs o aller Welt

Wärme für zweitausend Menschen.

Reportage aus einem Zentrum der Berliner Not.

SPD. Grau und monoton ist die Ackerstrasse im Norden Berlins. An ihrem südlichen Ende liegt ein ehemaliger Betriebsbahnhof der Grossen Berliner Strassenbahngesellschaft. Ein rotes Gebäude, ein Stück gepflasterter Hof und ein eiserner Zaun, der ihn von der Strasse abschliesst, sind das einzige, was man von draussen zu sehen bekommt. In diesem einstigen Wagendepot hat das Wohlfahrtsamt Berlin-Mitte eine grosse Wärmehalle eingerichtet, in der täglich zwei- bis dreitausend Menschen den grössten Teil ihres Tages verbringen.

Schon früh um sieben Uhr, wenn noch Laternen brennen und Strassenbahnzüge eilig und laut vorüberrollen, kommen sie in kleinen Trupps von allen Seiten anmarschiert. Die Nachtgäste der Asyle, Wohnungslose, Wohlfahrtsunterstützte, Ausgesteuerte; Männer, Frauen, Junge, Alte, Menschen, die nicht mehr viel mit sich anzufangen wissen und denen schon geholfen ist, wenn sie, der Winterkälte entrückt, auf den Bänken der Wärmehalle sitzen können. Punkt sieben öffnet sich das Tor und damit ein grosser Raum, in den ein mächtiger eiserner Ofen seine Wärme hineinstrahlt. Die Bänke, genau so abgesehen und abgenützt, wie in den Wartesälen der Arbeitsämter, sind so angeordnet, dass die Menschen auf ihnen sich gegenüber sitzen und sich gegenseitig ins Gesicht blicken können. So kommen dann die vielen hundert kleinen Gespräche zustande, die die Halle mit einem gedämpften, nie verlöschenden Stimmenlärm erfüllen, der nach aussen hin das Dasein dieser grossen Menschenmenge verrät. So entstehen auch die vielen kleinen Gruppen der Stammkunden, die sich jeden Tag am selben Platze einfinden und die ein wenig Zusammenhalt und auch Abwechslung in diesem über jeden Einzelnen zwangsweise verhängten Müsiggang bedeuten.

In dieser Zufluchtsstätte für frierende Menschen - die Stadt Berlin hat in jedem Bezirk Wärmehallen eingerichtet - begegnet man allen Typen der proletarischen und kleinbürgerlichen Schicht, der Berliner Unterwelt und des Winterübers in die Grosstadt verschlagenen Landstreichertums. Neben diesen wahren Patriarchen der Landstrasse mit weissen Bärten, die still und ohne sich zu rühren auf ihren Plätzen hocken, ferner polnische und tschechische Arbeiter, lärmende Gespräche mit einander führend - Arbeitslose, ganz junge und solche unbestimmbaren Alters. Sie alle vereinigt die gespendete Wärme in dieser grossen Halle, durch deren Oberlichtfenster der beinahe unwirkliche Schein eines trüben Januarvormorgens hereinfällt.

Nicht alle können sitzen, dazu langen die vorhandenen Bänke nicht aus. So kreist ein fortwährender Strom um die Reihen der Sitzenden, um den in der Mitte des Raumes stehenden Ofen, dessen Rohre sich quer durch die Halle ziehen. Es gibt dann noch einen Vorraum, der, mit Tischen versehen, zur Speisung dient. An den kleinen Schaltern, durch die man eine Küche mit grossen Kesseln erblickt, werden für nur fünf Pfennige ein Topf Kaffee, ein ganzer halber Liter, der trotz des geringen Preises nicht schlecht schmeckt, und für zehn Pfennig vier Brötchen ausgegeben. Um die geistigen Bedürfnisse der Wärmehallenbesucher bemüht sich ein Radioapparat, der von Zeit zu Zeit ein wenig Musik in die Halle streut, und endlich eine kleine, bunt zusammen gewürfelte Bibliothek, deren zerfledderte Exemplare die häufige Benutzung verraten. Es sind Unterhaltungsromane dritten und vierten Ranges, die, Gott weiss wie, ihren Weg hierher gefunden haben, und einige Jahrgänge illustrierter Zeitschriften, "Gartenlaube" und ähnliche Folianten, deren Kupferstiche und "Miszellen", Romane und Reise=

beschreibungen über die Langeweile hinweghelfen sollen. Auch gelesene Zeitungen, irgendwo aufgehoben, gehen von Hand zu Hand, bis sie endlich nur noch kümmerliche Reste bilden.

"Handels streng verboten" steht mit grossen Buchstaben an den Querwänden der Halle geschrieben. Trotzdem gedeiht ein bescheidener Handel, der die merkwürdigsten Formen annimmt. Gar mancher betritt die Halle mit seinen letzten Habseligkeiten, einem über den Arm gelegten Rock, einer alten Hose - um später die Halle mit ein paar Groschen in der Tasche wieder zu verlassen. Männer und Burschen bieten in Aktenmappen unauffällig Zigaretten und Tabak feil, Schokolade und Malzbonbons. Erschütternd ist das Feilschen um diese Aermlichkeiten, um diesen letzten Besitz der schon längst Besitzlosen, sei es um einen Pullover mit Reissverschluss, oder auch nur ein paar gebrauchte Umlegekragen. Es geschieht zwar möglichst unauffällig, fesselt aber doch die Neugier der Umstehenden und mildert so ein wenig die Eintönigkeit dieses mit Menschen und Tabakrauch übersättigten Raumes. Die besten Umsatzmöglichkeiten stellen allerdings die masslos zerlesenen Groschenhefte dar, die das Lesebedürfnis der meisten befriedigen.

Die Frauen sind unter den Besuchern in der Minderzahl und haben einen eigenen Raum zugewiesen erhalten, dessen Betreten den Männern verboten ist. Auch hier herrscht dasselbe Bild, nur dass der Handel fehlt. Für die Männer hat sich ausserdem in einem Nebenraum, in dem vielleicht früher einmal Lampen oder Putzmittel aufbewahrt wurden, ein Friseur etabliert, der sich eines ausserordentlichen Zulaufes erfreut. Das hat wohl seinen Grund in den billigen Preisen, die ihn geradezu konkurrenzlos machen. Denn man zahlt für Rasieren zehn und fürs Haarschneiden dreissig Pfennige; im anderen Falle wäre es wohl den Menschen hier unmöglich, sich überhaupt einmal den Luxus einer solchen Verschönerung zu leisten. Dafür geht es allerdings sehr einfach in diesem Friseur-Salon her und zu. Die Kunden sitzen in einer Reihe und bekommen ein Papierhandtuch anstelle des leinenen umgebunden. Zur weiteren Pflege des äusseren Menschen ist in dem Toilettenraum, vor dessen Aborten die Türen fehlen, ein Schuhputzer stationiert, obgleich die Frage nahe liegt, welcher Krösus sich hier schon die Ueberflüssigkeit des Schuheputzens erlauben könnte.

Langsam schleichen die Stunden in der trüben Halle vorüber. Keine Uhr verkündet den Fortgang der Zeit, die auch den Menschen in ihr höchst gleichgültig wird. Von morgens um sieben bis nachmittags um drei spendet ihnen der eiserne Ofen die Wärme. Um fünf Uhr werden die Asyle geöffnet. So pendelt das Leben der meisten von diesen 2 000 Obdachlosen zwischen Asyl und Wärmehalle hin und her. Es ist ein armseliges Leben. Ein Leben, kaum noch wert, gelebt zu werden. Und aus der unzählbaren Menge der Gesichter heben sich solche, die schon ganz von Enttäuschung und Verzweiflung verschüttet sind. Ob sie noch einmal Arbeit finden? Es ist für viele ausgeschlossen, aber sehr schwer, da ihnen vorläufig alle Grundlagen für ein menschenmögliches Leben entzogen sind. Manche hoffen auf das Frühjahr. Andere aber hat das Elend ihres Daseins, haben Hunger, Mühseligkeit und Obdachlosigkeit schon so abgestumpft, dass sie sich kaum noch mit einer Hoffnung zu trösten vermögen und teilnahmslos ihre Stunden hier versitzen und verträdeln, für sich, und ohne ein Wort zu reden...

+ + +  
Die Goldmacher untereinander.

-----  
"Patriotismus" und Gaunerei bei einem Glase Wein...

SPJ. München, 26. Jan. (Eig. Drahtber.)

Im Münchener Goldmacherprozess wurde am Montag das Verhör des bisherigen Hauptzeugen von Obwurzer, des Geschäftsführers des Vereins Tausend, fortgesetzt. Der Zeuge schilderte sehr eingehend die zahlreichen Konflikte und Differenzen innerhalb des Goldmachervereins. Im Jahre 1928 machte der Verein eine offenkundige Vertrauenskrise durch. Argwohn und Misstrauen herrschten teils in-

nerhalb der Mitgliedschaft, teils zwischen Tausend und seinem Verein. Tausend war ständig der Meinung, die Mitglieder wollten sich mit Hilfe von wissenschaftlichen Sachverständigen in den Besitz seines Geheimnisses setzen. Diesen Verdacht wurde er nach seiner Verhaftung erst recht nicht los. Darum widersetzte er sich auch der Teilnahme des Professor Röntgen an seinem Experiment im Münchener Hauptmünzamt. Verstärkt wurde er in seinem Verdacht dadurch, dass Röntgen ein Gutachten über den Versuch erst dann abgeben wollte, wenn er in die Geheimnisse der Tausend'schen Theorie eingeweiht würde, und weil er imstande gewesen wäre, ein selbständiges Experiment in seinem Laboratorium durchzuführen.

Aber auch der Zeuge widersetzte sich einem Vorschlag des Staatsanwalts, die bei Tausends Verhaftung vorgefundenen und beschlagnahmten Chemikalien chemisch untersuchen zu lassen, weil dadurch nach seiner Meinung das Fabrikationsgeheimnis preisgegeben würde. Um dieses Geheimnis zu wahren, setzte das Gericht für Montag-Nachmittag eine Besprechung zwischen Sachverständigen und Verteidigern an, in der die Frage des Fabrikationsgeheimnisses näher geprüft werden sollte.

In einem längeren Zwiegespräch mit dem Verteidiger erklärte der Zeuge ferner, dass man innerhalb der Tausend-Studiengesellschaft e.V. politisch neutral gewesen sei. Das sei ja auch eine Voraussetzung für die Hereinnahme weiterer Geldgeber gewesen. Verteidiger: "Es wurde aber doch auf die politische Auswahl der Herren grosser Wert gelegt. Man hat doch hauptsächlich Verbindungen mit völkischen Kreisen gesucht?" - Zeuge: "Man hat nicht jeden Beliebigen mit der Sache befassen wollen, sondern nur Kreise, die uns nahe stehen. Es wurde natürlich an der Absicht festgehalten, die Erfindung nur dem deutschen Volke zugute kommen zu lassen. Bei einem Glase Wein wurde selbstverständlich dieses und jenes Ziel erörtert." - Verteidiger: "Also bei einem Glase Wein wurden die Luftschlösser gebaut. Haben Sie auch davon gehört, dass man Tausend manchmal betrunken machte, um ihm sein Geheimnis herauszulocken?" - "Zeuge: "Ich habe davon gehört. Seit der Gründung des Vereins ist es aber nicht mehr vorgekommen (es war also nur unter der vorangegangenen Ära Ludendorff der Fall. D.Red.)".

Seinen Ausführungen über die Rolle Buckeleys fügte der Zeuge noch hinzu, dass Buckeley bei der Anfertigung der Vereinsverträge "vergessen" habe, Klärung darüber herbeizuführen, wie Tausend nach erfolgreicher Ausbeutung der Erfindung zu entlohnen sei. Danach hätte man den Erfinder glatt verhungern lassen. Juristisch hätte der Verein über den Kopf Tausends hinweg das Verfahren Tausends ausbeuten können. Aber das habe man nicht gewollt, sondern man habe von sich aus dafür Sorge tragen wollen, dass Tausend entsprechend beteiligt worden wäre.

+ + +  
Das neue Berliner Mordrätsel. Die Ermordung des 47jährigen Kraftdroschenführers Fritz Ponick aus Berlin, darauf einer Chaussee bei Ferch (südlich Potsdam) erschossen aufgefunden worden ist, ist bis jetzt ebenso unaufgeklärt wie die beiden anderen Berliner Bluttaten der vergangenen Woche: die Erschiesung des Geschäftsführers Schmoller vom Mercedes-Palast in Neukölln und die Ermordung des Altrentners Freudenhain. Der Wagen des Chauffeurs Ponick ist mit voller Beleuchtung, aber ohne jeden Fahrgast, auf einer stillen Villenstrasse in Dählem, einem westlichen Vorort Berlins, aufgefunden worden. Man nimmt an, dass die Mörder Ponick aus dem Wagen getragen und seitwärts versteckt haben und danach mit der nunmehr herrenlos aufgefundenen Droschke nach Dählem zurückgefahren sind. Die Täter haben dem Ermordeten Ausweispapiere und Führerschein abgenommen, sein Geld aber, 48 Mark, unangetastet gelassen. Für Mitteilungen, die zur Aufklärung des Verbrechens dienen können, sind von der Staatsanwaltschaft Potsdam 1 000 Mark Belohnung ausgesetzt worden.

+ + +



Drei Studenten vermisst. Drei reichsdeutsche Studenten der Innsbrucker Universität, die am 22. Januar zu einer Skitour auf die Lizum=Alpe im Tiroler Wattental aufgebrochen sind, werden seit dem 23. vermisst. Es muss mit dem Tode der Studenten gerechnet werden.

+ + +  
Schiesserei im Nachtlokal. Zwischen Mitgliedern einander feindlicher Verbrecherbanden kam es in einem sehr eleganten New Yorker Nachtlokal zu einer wilden Schiesserci, in deren Verlauf mehrere Personen zum Teil lebensgefährlich verletzt wurden. Anlass zu dem Blutbad gab eine private Streitigkeit.

+ + +  
Tragödie der Not. In einem Hause im Osten Berlins vergiftete ein Schuhmachermeister seine Ehefrau, seinen 18 Jahre alten Sohn, seine 22 Jahre alte Tochter und sich selbst mit Gas. Wiederbelebungsversuche der Feuerwehr hatten nur noch bei dem Sohn Erfolg. Schlechter Geschäftsgang, Krankheit des Vaters, Arbeitslosigkeit des Sohnes waren die Motive zu der Tat.

+ + +  
Tragischer Schülerfreitod. Auf der tschechischen Bahnstrecke Lunnenberg-Götting liess sich ein 16jähriger Gymnasiast vom Wien=Budapester Schnellzug überfahren; der Unglückliche, der sich das Leben wegen einer vierstündigen Karzerstrafe nahm, die wegen eines geringfügigen Anlasses über ihn verhängt worden war, wurde sofort getötet.

+ + +  
Das Enkelkind ermordet? Unter dem Verdacht, ihr Enkelkind ermordet zu haben, wurde eine Bauersfrau aus dem Kreise Usingen (Hessen) verhaftet. Die Bäuerin gab zu, das uneheliche Kind ihrer 15 Jahre alten Tochter kurz nach der Geburt in der Jauchegrube ertränkt zu haben, will aber zur Zeit der Tat der Meinung gewesen sein, dass das Kind nicht mehr gelebt habe.

+ + +  
Grippekatastrophe in Spanien. Spanien wird zurzeit von einer ausserordentlich schweren Grippeepidemie heimgesucht. So ist fast die Hälfte aller Bewohner Madrids an der Grippe erkrankt. Die Post wird nur noch einmal täglich ausgetragen.

+ + +  
Der "Schrecken von Dalmatien". In Spalato gelang es der Gendarmerie, den viel gesuchten Raubmörder Todor Medic festzunehmen, der in den letzten Jahren die ganze Gegend, namentlich das nördliche Dalmatien, Bosnien und die Lika, unsicher gemacht hat. Zwischen ihm und der Gendarmeriepatrouille entspann sich ein Feuergefecht, wobei Medic durch einen Schuss schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt wurde. Interessant ist, dass Medic bereits mehrmals wegen zahlreicher Verbrechen zum Tode verurteilt wurde; drei Mal gelang ihm die Flucht, zwei Mal vor und einmal nach seiner Verurteilung. Er trug auf seinen Raubzügen mit Vorliebe die Uniform eines Gendarmeriewachtmeisters, sowie Karabiner und Revolver. Auf die Ergreifung Medics war ein Preis von 50 000 Dinar ausgesetzt. - Sobald der Mörder von seiner Verwundung geheilt sein wird, soll an ihm das bereits rechtskräftige Todesurteil vollzogen werden.

+ + +  
Ein wertvolles Bild gestohlen. Vor kurzem wurde aus der Magdalenenkirche in Weitensfeld bei St. Veit an der Glan (Kärnten) ein äusserst wertvolles aus dem 12. Jahrhundert stammendes Bild, darstellend Maria Magdalene, gestohlen. Der Dieb musste das äussere Fensterschutzgitter gewaltsam entfernen, um zu dem Gemälde zu gelangen. Die Gendarmerie ist dem vermutlichen Täter auf der Spur.



Verbrecher am Werk.

Brünings Warnung.

SPD. Gibt es ein gemeineres Verbrechen als systematische Störung der Rettungsarbeit bei einer grossen Katastrophe? Unmöglich - und doch soll dieses Verbrechen an dem bereits aus tausend Wunden blutenden deutschen Volk begangen werden. Worauf haben es die Verbrecher abgesehen? Sie wollen das Arbeitslosenelend und die Wirtschaftskrise, die die Volksmassen niederdrücken, bis zum Chaos treiben. Und der Zweck dieser Übung? Die deutsche Arbeiterbewegung soll niedergeschlagen werden. Der deutsche Arbeiter soll, wie ehemals die Junker den Bauern niedergeworfen, "gelegt" haben, politisch und wirtschaftlich zum Krüppel geschlagen und auf Jahrzehnte hinaus wieder in Ohnmacht und Knechtschaft hinunter gestossen werden. Das alles ist keine Phantasie, denn niemand anders als Reichskanzler Brüning hat das am Sonntag in seiner vor den Christlichen Gewerkschaften in Köln gehaltenen Rede durch seinen Hinweis auf das Treiben der Katastrophenpolitiker, die bei den letzten Tarifstreitigkeiten ihre Hand im Spiele hatten, offen bestätigt.

Brüning sprach in Köln für eine Verständigung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, und die Christen betrachteten diesen Appell als das Kernstück seiner Rede. Er betonte, nicht an eine Wiederauflebung der früheren Arbeitsgemeinschaft denke er, wohl aber an die Möglichkeit der Prüfung gewisser Fragen, so zum Beispiel der Frage, wie die Arbeitszeit als Mittel zum Ausgleich von schwer wirkenden Nachteilen der Rationalisierung von Fall zu Fall, von Gewerbe zu Gewerbe unterschiedlich herangezogen werden könne. Man dürfe nicht verkennen, dass fast im gleichen Mass, in dem durch gesteigerte Rationalisierung Löhne erspart werden, Wohlfahrtslasten und Realsteuern steigen, sodass per Saldo kaum ein Gewinn bleibe. Es gebe z.B. eine Reihe von Unternehmungen, wo das erhöhte Kapital nicht zur besseren Verzinsung habe gebracht werden können, weder durch neue Maschinen noch durch neue Methoden. Das müsse doch zu denken geben. Im übrigen könne das Tempo der Rationalisierung ja ohnehin nicht mehr beibehalten werden, weil das Kapital fehle. Wohin solle es aber führen, wenn immer weitere Kreise dauernd aus der Arbeit verschwinden, wenn die Kosten der öffentlichen Hand immer weiter steigen, wenn immer mehr Menschen, die wirklich arbeiten wollen, keine Arbeitsmöglichkeit mehr finden? Der Staat könne in manchem helfen, aber der gemeinsamen Ueberlegung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bleibe trotzdem ein weites Betätigungsfeld. Bei einigen Tarifstreitigkeiten der letzten Zeit habe man jedoch mit Sorge feststellen müssen, dass nach einem guten Anlauf sich nachher Schwierigkeiten, anscheinend aus politischen Potiven, ergeben haben. "Sollten in Lohnstreitigkeiten - so fuhr der Kanzler mit erhobener Stimme fort - politische Ueberlegungen hineinkommen, wie etwa die: zuerst muss das Chaos kommen, muss der Arbeiter am Boden liegen, dann wirds schon wieder besser gehen - dann, versichere ich, wird die Reichsregierung alles tun, um die Staatsautorität auch gegenüber solchen Persönlichkeiten zu wahren. Wir lassen keine Chaos-Politik unter dem Mäntelchen nationaler Gesinnung zu."

Wer Ohren hat zu hören, der kann hier hören. Im Hintergrund sind Verbrecher an der Arbeit, die mit Hilfe der nationalen Phrase die Arbeiterbewegung niederzurennen hoffen. Wenn ein Mann wie Brüning, d.h. ein Mann, der sich

gewiss nicht in Sensationen und Wichtigtuerei gefällt, so spricht, dann ist es für die Arbeiter wirklich allerhöchste Zeit, den Helm festzubinden. Zu einer eisenharten Phalanx muss sie sich jetzt in den Gewerkschaften zusammenscharen. Mit Disziplin und mit unbeirrbarer Kaltblütigkeit muss sie unter der Führung von Männern, die von gewerkschaftlichen Dingen auch etwas verstehen und die in einem Menschenalter von Kämpfen Proben ihres Könnens abgelegt haben, den furchtbaren Marsch durch die Wüste der Massenarbeitslosigkeit, Kurzarbeit und der Bedrohung aller sozialpolitischen Errungenschaften marschieren. Niemals seit den Anfängen der modernen Arbeiterbewegung war das Arbeiterschicksal so sehr bedroht wie heute. Die Auswirkungen des Krieges, nicht nur die politischen und wirtschaftlichen, sondern auch die volksmoralischen und volkpsychologischen zeigen sich jetzt erst in ihrer ganzen verheerenden Wirkung, und die Arbeiter können jetzt sehr gut verstehen, warum sie, gerade sie von einem Krieg nie etwas Gutes zu erwarten haben. Nur eiserner Zusammenhalt kann jetzt den Gewerkschaften die Arbeit erleichtern; denn je geschlossener und fester sie dastehen, desto schwerwiegender muss ihr Einfluss, wenn es zu der von Brüning geforderten Verständigungsarbeit zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber kommen sollte, in die Wagschale fallen.

Die Gewerkschaften haben schon vor dem Appell Brünings an die Unternehmer und Arbeiter zu gemeinsamer Rettungsarbeit wiederholt und deutlich genug zu verstehen gegeben, dass es an ihnen nicht fehlen soll, wenn irgendwo loyal und ernsthaft ein Wille sich zeigt, um dem deutschen Volk wieder auf die Beine zu helfen. Warum es bis jetzt noch nicht zu einer wirklich fruchtbaren Arbeit zwischen Unternehmertum und Gewerkschaften in dieser Richtung kommen konnte, das hat der Reichskanzler mit seinem Hinweis auf die Freunde des Chaos im Unternehmerlager selbst deutlich genug hervorgehoben.

SPD. Der Mensch lebt nicht allein vom Brot - auch der Arbeitslose nicht. Neben ausreichender materieller Unterstützung ist auch seelische Hilfe für ihn notwendig. Zerstreuung der Gedanken und Erleichterung des Gemüts durch ein Schauspiel, durch Musik oder durch einen Kinobesuch ist keineswegs eine belanglose Angelegenheit in der Arbeitslosenfrage. Unter diesen Umständen ist die Ankündigung des Staatssekretärs a.D. Bredow, dass das Berliner Funkhaus seine Türen auch den armen Arbeitslosen weit öffnen werde, nur zu begrüßen. Das neue Funkhaus hat grosse Konzertsäle, wo die Funkdarbietungen gehört werden können. Für die Arbeitslosen sollen in möglichst weitherziger Weise in diesen Konzertsälen Plätze zur Verfügung gestellt werden.

Das Beispiel des Berliner Funkhauses sollte im ganzen Reich und nicht nur im Funk Nachahmung finden. Ueberall im Reich müssen neben dem Funk auch die Theater und Kinos, die ja zur Zeit infolge der Wirtschaftsmisere mehr als sonst leere Plätze aufzuweisen haben, an den Arbeitslosen ein gutes Werk tun, und durch eine Freikarte über manche schwere Stunde hinweghelfen. Vor allem müssen die sozialdemokratischen Abgeordneten in den Stadtparlamenten in dieser Richtung Initiative entwickeln, damit die städtischen Theater mit gutem Beispiel vorangehen.

Man soll die psychologischen Dinge in der Erwerbslosenfrage nicht zu gering einschätzen. Auch der Arbeitslose ist ein Mensch. Auch er braucht Entlastung der Nerven, auf denen in der drangvoll fürchterlichen Enge eines ungemütlichen Heims herumgetreten wird, und die das Gekreisch der Nazis und Kozis zum Platzen bringen will.

SPD. In dem Gehaltsstreit der Behördenangestellten mit der Reichs- und Preussischen Staatsregierung fanden am Montag im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen über den von der Reichsregierung bekämpften Antrag auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs vom 15. Januar statt, der einen Gehaltsabzug von 5% vorsieht. Die Reichsregierung verlangte, dass vom 1. Februar 1931 ab 6% zum Abzug kommen sollen. Der Hinweis, dass die Behördenangestellten bis heute von der Reichshilfe nicht betroffen sind, ausserdem aber erhöhte Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zahlen müssen, hatte keinen Erfolg. Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums machte den Vorschlag, für die beiden Monate Februar und März einen Gehaltsabzug von 5%, vom 1. April 1931 ab 6% festzusetzen. Die Vertreter des Gewerkschaftsbundes der Angestellten sowie des Gesamtverbandes Deutscher Angestelltengewerkschaften erklärten ihre Zustimmung zu diesem Vorschlag, während die Vertreter der dem Allgemeinen freien Angestelltenbund angehörigen Verbände Frist zur Erklärung hierüber bis 27. Januar nachmittags erbaten.

Vom Vertreter des Reichsarbeitsministeriums wurde zu erkennen gegeben, dass eine Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs kaum erfolgen werde.

+ + +

Bezüglich der Kürzung der Bezüge der Reichs- und Staatsangestellten bestehen, wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, zwischen dem Finanzminister im Reich und dem in Preussen keine Meinungsverschiedenheiten.

-----

SPD. Der Schuhfabrik Hoffmann in Cleve (Rheinland) ist es nicht wohl, wenn es bei ihr nicht jeden Monat mindestens einmal zu einer Arbeitniederlegung kommt. Nach der Beilegung des Kampfes im Dezember, bei dem die Firma bestimmt keine Seide gesponnen hat, konnte man hoffen, dass sie in Zukunft derartige Zwischenfälle vermeiden würde. Allein sie hat anscheinend noch nicht genügend Denkmittel, und deshalb brachte sie es fertig, jetzt für die Arbeiter am laufenden Band eigenmächtig die Lohnsätze ganz empfindlich zu kürzen. Alle Verhandlungsversuche wurden von der Firma strikte abgelehnt. Da es infolgedessen zur Verweigerung der Weiterarbeit kommen musste, wurden zunächst 700 Arbeiter fristlos entlassen. Die Folge war, dass der ganze Betrieb ins Stocken kam, und so hat die Firma weitere 1 000 Arbeiter auf die Strasse geworfen.

Wenn es dem Esel zu wohl ist, geht er aufs Eis. Die mustergültige Haltung der Arbeiter bei dem Kampf im Dezember gibt die Gewähr dafür, dass die Firma bald eines Besseren belehrt wird. Auch sie wird sich mit ihrer Arbeiterschaft, ob sie will oder nicht, verständigen müssen. Die Schuharbeiter sind keine Hämmelherde.

-----

SPD. Die Stadt Köln hat den Gemeindearbeitern den Lohn tariff gekündigt und soeben den Gewerkschaften ihre Vorschläge übermittelt. Danach wünsche sie einen Lohnabbau von rund 10%. Die Verhandlungen finden in der nächsten Woche statt.

-----

SPD. Die Betriebswahlen für den Ruhrbergbau finden in der Zeit vom 22. bis 26. März statt.

-----

SPD. Die Reichsbeiratstagung der Betriebsräte des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die am Sonntag und Montag zum ersten Mal im neuen Verbandshaus in Berlin tagte, stand im Schatten der immer fürchterlicher anschwellenden Wirtschaftskrise. Der Verbandsvorsitzende Brandes beleuchtete den Einfluss der Krise auf die Mitgliederbewegung und die Auswirkungen der Lohnabbaupolitik der Regierung: Bis zum 22. Januar waren im gesamten Reichsgebiet 65 Lohnbewegungen für 707 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beendet. Der Lohnabbau betrug mindestens 2,3% und ging bis zu 8,7%. Berlin lag mit 8% fast an der Spitze. Der Lohnabbau ist überall da am grössten, wo das Organisationsverhältnis am schlechtesten ist, und umgekehrt dort am geringsten, wo die Arbeiterschaft gut organisiert ist. Der Mitgliederbestand blieb trotz der gewaltigen Anstürme der Unternehmer wie der Kommunisten stabil. In Berlin hat der Verband sogar trotz der beispiellosen Hetze der Moskauer und trotz der kommunistischen Sonderorganisation nach dem Streik einige tausend Mitglieder gewonnen. Das zeigt, dass der Metallarbeiterverband aus der Krise organisatorisch nicht geschwächt, sondern gestärkt hervorgehen wird.

Naphtali behandelt in einem instruktiven Vortrag die Wirtschaftskrise. Gegenüber dem Gerede, die gegenwärtige Katastrophe habe mit dem kapitalistischen System nichts zu tun, verwies er auf die Tatsache, dass ja auch in Amerika, dem hochkapitalistischen Land, die Seifenblase des Wirtschaftswunders geplatzt sei. Die besondere Schwere der Krise in Deutschland habe noch besondere Ursachen, so z.B. die politische Unsicherheit, die Finanznot im Reich und vor allem in den Gemeinden, und schliesslich die Ablösung der freien Konkurrenz durch den Monopolkapitalismus. Die Gewerkschaften, die leider nicht die Macht hätten, den von der Regierung unterstützten Lohnabbau zu verhindern, müssten alle Kräfte dafür einsetzen, einen Preisabbau der Fertigwaren herbeizuführen. Notwendig sei ganz besonders die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Partei zur Schaffung einer wirksamen Monopolkontrolle, zur Verschärfung des Kampfes um Arbeitsbeschaffung und in der Abwehr des Abbaus der Sozialpolitik. Eine vorübergehende Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden müsse mit aller Macht angestrebt werden.

In der Aussprache wurde besonders scharf die sinnlose Ueberstürzung der Rationalisierung kritisiert und mit Nachdruck die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit erhoben, Brandes setzte sich besonders für weitgehende Verkürzung der Arbeitszeit in der Schwerindustrie ein, die jedoch ohne Lohnausgleich kaum noch durchgeführt werden könne, da die Löhne bereits zu stark abgebaut seien. Ueber die Gesundheitsgefahren in der Metallindustrie sprach Dr. Meyer-Brodnitz vom ADGB. Die soziale Bedeutung der Betriebsrätebewegung behandelte Bührig, der Betriebsrätesekretär des DMV. Das Ergebnis der vorjährigen Wahlen war, wie aus Bührigs Ausführungen hervorging, trotz des Ansturms der Kommunisten für den DMV sehr gut. Von 28 845 gewählten Betriebsräten gehören dem DMV 22 667 = 78,6% an. Die Kommunisten haben es auf ganze 2,6% gebracht, die Stahlgewerkschaften und die Gelben auf 1,5%.

Die Reichsbeiratstagung war ein energischer Auftakt für die diesjährige Betriebsratswahl der Metallarbeiter. Die Kommunisten und Nazis machen für diese Wahlen grosse Anstrengungen. Die Nazis arbeiten mit kommunistischen Phrasen und suchen die Arbeiter darüber hinwegzutäuschen, dass ihre Theoretiker Feder in der Rundfunkaussprache mit Nölting die Arbeit der Betriebsräte als unnützes Geschwätz ablehnte. Mit dem Geschwätz der Nazis und der Kommunisten muss in den Betrieben aufgeräumt werden. Wenn sich Kommunisten um einen Platz auf den freigewerkschaftlichen Kandidatenlisten bemühen, dann muss ihnen zuvor eine Erklärung über ihre Haltung gegenüber den kommunistischen Zerstörungsparolen abgenommen werden.



## Amerikasorgen über Arbeitslosigkeit.

Ein Brief aus den Staaten

SPD. New York, Mitte Januar 1931

In den Vereinigten Staaten naht eine Krise des Individualismus. Bis zum Ausbruch dieser Krise galt das Dogma, dass es in Amerika keine Arbeitslosen gibt, und dass die höchsten Löhne der Welt gezahlt werden, der Arbeiter habe die höchste Lebenshaltung auf Erden, ein eigenes Haus, sein Auto und sein Auto, und man hatte bis dahin mit Grausen nach den Ländern mit sozialistischem Einschlag gesehen. Es gibt neben den beiden Parteien, die durchaus in der Hand des die Wahlkampagnen bezahlenden Grosskapitals sind, allmählich eine Opposition, die sozialistische und die Farmerpartei, von denen freilich offiziell wenig geredet wird. Wenn man aber drei der führenden objektiven Zeitschriften liest, "The New Republic", "The American Mercury" und "The Nation", Zeitschriften von entscheidendem geistigen Einfluss, dann weiss man, dass der Einfluss der Opposition wächst, und zwar in die Tiefe und in die Breite; sie hat nur noch keine feste Form gewonnen. Sie scheinen vorläufig erst in der Literatur zu leben; aber man beginnt jetzt zum ersten Mal in der amerikanischen Geschichte von Revolutionsgefahr zu reden.

Was liegt vor? Seit man von der sehr grossen Arbeitslosigkeit weiss, ist der Glaube an das herrliche Leben des amerikanischen Arbeiters zusammengebrochen. New York, wo die höchsten Löhne gezahlt werden, hat nach letzten Feststellungen als Durchschnittswochenlohn im Jahre 1928 noch keine 30 Dollar bezahlt, was bei dem dortigen Lebenshaltungskosten nicht sehr viel ist. Dabei muss man auch in New York stundenlang auf der Bahn sitzen, um die Wege bis zur Arbeitsstelle und zurück zu überwinden. In jedem Jahre ist man 14% der normalen Arbeitszeit ohne Beschäftigung und hat keinerlei Unterstützung zu erwarten. Die hohen Löhne von 30 Dollar gelten aber auch nur als Durchschnittslohn für den günstigsten Fall, nämlich derjenigen Arbeiter, die das ganze Jahr arbeiten konnten. Wieviel Arbeitslose gibt es nun, die ohne Unterstützung sind? An einem Tage las man 3 500 000, einige Tage darauf - und das war kein Druckfehler, eine Annäherung an die richtige Zahl - las man 5 300 000. Das riesige New York aber gibt heute im ganzen 10 000 Arbeitslosen eine, Dreitageweche lang Arbeit zu einem Wochenlohn von 15 Dollar.

Wie schützt man sich nun gegen Arbeitslosigkeit? Man weiss in Europa, dass Amerika von seinem "hohen" Gehalt oder Lohn sich persönlich versichert, um ein ruhiges Alter zu haben, wenn seine Arbeitskraft verbraucht ist. "Fast die ganze Nation ist versichert, es gibt 95 Millionen Versicherungen. Wie schön das klingt! Ein Schriftsteller vom Range Epsteins stellt aber fest, dass von diesen 95 Millionen Versicherungsverträgen 72 Millionen über einen Durchschnittsbetrag von noch nicht 200 Dollar lauten, eine Summe, die kaum die Beerdigungskosten deckt. Hat aber nicht jeder Amerikaner sein eigenes Haus? Das gilt zumindesten nicht für jeden Arbeiter in den Industriegebieten. Und unter uns - was da oft Haus genannt wird, ist eine Bretterbude von vielleicht etwas besserer Art, wie Deutschland sie in den Schrebergärten hat. Die begeisterten Schilderungen vom "brausenden Lebensrhythmus" in der neuen Welt von der "Selbstsicherheit des Amerikaners" die gelten nicht für den Arbeiter, sondern bestenfalls für

den Geschäftsmann und sind mit der Begeisterung der Zwei- und Dreimonatsbesucher in den Staaten gesehen.

Wer wenig von Amerika weiss, der weiss doch, dass Chicago als Verbrecherparadies gilt. Ein Kenner der Verhältnisse hat kürzlich geschrieben, dass sich in Chicago private Gruppen von Arbeitslosen berufsmässige Verbrecher für Geld dängen, um durch entsprechende "Massnahmen" gegenüber Unternehmern ihr Lebensbedürfnis nach Arbeit gegen die Gesellschaft zu befriedigen. Selbstverständlich ist ein solches System der Privathilfe mit verbrecherischen Einschüchterungsversuchen noch unzulänglicher als das der Wohltätigkeit, mit dem man sich in der amerikanischen Gesellschaft jetzt noch gegen die Arbeitslosigkeit zu helfen sucht. Die geistige Opposition gegen dieses System der Wohltätigkeit wächst. In den Dezember- und Januarheften der führenden Zeitschriften ist überall zu lesen, dass der Staat dafür zu sorgen hat, dass die Arbeitslosigkeit beseitigt wird und dass mit privater Wohltätigkeit garnichts auszurichten sei. Freilich erhebt sich auch dagegen sofort ein Senator und erklärt, die Verfassung gebe keine Handhabe für Unterstützungsmassnahmen. So lässt man die Arbeitnehmer leiden, die sonst zweidrittel des Nationaleinkommens beziehen, und das letzte Drittel des Nationaleinkommens, das nicht in Löhnen besteht, begnügt sich damit, sich mit gelegentlichen Wohltätigkeitsaktionen in den Zeitungen grosszutun.

Amerika ist sich selbst am nächsten - man hört zwar von schlimmeren europäischen Verhältnissen, aber man spürt sie nicht. So will man heute in einem Lande, wo noch viele Millionen auf Farmen leben könnten, auch wenn sie "kein Geld machen", jede Einwanderung aufheben, um die Konkurrenz nicht zu vermehren. Kürzlich bereiste der grosse irische Sozialist, der Wirtschaftler und Dichter George William Russell die Staaten und sprach zu der führenden Intelligenz an den Universitäten: Baut jetzt eine agrarische Kultur auf. Entwickelt eine Tendenz wenigstens, Leute auf der Scholle hochzubringen! Aber es ist zu fürchten, dass dieser Ruf verhallen wird, obwohl Frankreich, der einzige nicht überindustrialisierte Grosstaat, als Beispiel lehren könnte, wieviel davon abhängt. Frankreich ist heute das einzige Land, das Arbeit im grossen Masse importieren muss. Es ist keineswegs der Goldvorrat in der Bank von Frankreich die Ursache dieses glücklichen Zustandes; denn käme es darauf an, so müsste Amerika floriieren: die Hälfte des Weltgoldvorrats liegt ja in den Vereinigten Staaten, und dennoch herrscht die schwerste Krise. Die russischen Bauern, die man in der dritten Klasse nach Kanada fahren sah, haben inzwischen dort Boden gefunden und schreiben beglückt, und die deutschen und schwedischen Bauern, die hier im Lande arbeiten wollen, sie müssen nicht hungern. Der Bergmann, der dem Ruhrgebiet entrann, und sich hier als Farmer niederliess, hat für sich und seine Nachkommen das gesündere und bessere Teil erwählt. Der Ueberschuss an Arbeitskraft in der Welt wird bei der heutigen Ueberindustrialisierung nie mehr in den Städten verbraucht werden können. Daran können alle Goldvorräte der Welt nichts ändern.

Vor fünf Monaten glaubte noch jedermann hier, es würde im Herbst wieder besser werden. Jetzt glaubt man schon nicht mehr, dass es im Frühling besser wird. Immerhin spüren die Reichen und Mächtigen nichts von der Not, und es wird auch sonst noch eine Weile dauern, bis hier ein deutliches Klassenbewusstsein als Voraussetzung für eine soziale Neuordnung entstehen wird. Aber man weiss heute schon, dass es nicht so ist, dass sich jeder Amerikaner in die Höhe arbeiten kann, wie man bisher glauben machte. Dieser Glaube ist endgültig erschüttert - die Krise des Individualismus in Amerika ist da.

SPD. Für die Osthilfe, die in einem Sechsjahresplan durchgeführt werden soll, scheint nun doch der sogenannte Silverbergvorschlag in Anwendung kommen zu sollen. Im Reichsfinanzministerium wird ein Finanzplan für die Erweiterung der Osthilfe ausgearbeitet, der die Heranziehung der Industriebelastungsfonds für die Osthilfe vorsieht, worin der Silverbergsche Hauptvorschlag besteht. Der Entwurf sieht vor, dass aus der Industrieumlage von 1932 bis 1936 insgesamt 600 Millionen entnommen werden, und zwar 200 Millionen im Jahre 1932, 160 Millionen 1933, 120 Millionen 1934, 80 Millionen 1935 und 40 Millionen 1936. Diese Beträge sollen für die Umschuldung in den Ostprovinzen verwendet werden. Räumlich ist die Ausdehnung der Osthilfe auf die ganze Provinz Pommern, die beiden Länder Mecklenburg, die Provinz Niederschlesien und Brandenburg beabsichtigt, wenn vielleicht auch diese Ausdehnung erst später durchgeführt werden soll. Wann das Reichskabinett sich mit den Vorschlägen beschäftigt, steht noch nicht fest.

Silverbergs Absichten bei der Propagierung seines Vorschlags sind zweifellos auch politischer Natur. Es soll so scheinen, als ob die Industrie es sei, die mit der Verwendung der Industriebelastungsfonds den Osten rettet. Aber einmal handelt es sich hier um Kredite, die nur auf längere Fristen hinaus laufen und zum anderen ist es nicht der Wille der Industrie, sondern ein freies Entscheidungsrecht des Parlaments, wie die Fonds der Industriebelastung in den kommenden Jahren verwendet werden und ob die Industriebelastung für Ostzwecke aufrecht erhalten wird.

SPD. Die Reichsbank hat in der Woche zum 23. Januar auf ihren verschiedenen Konten wieder recht bemerkenswerte Veränderungen zu verzeichnen. Die Bestände an Handelswechseln haben um nur 23 auf 1655 Millionen abgenommen. Zieht man davon noch die neu angekauften 10,3 Millionen Reichsschatzwechsel ab, so ergibt sich für die dritte Januarwoche nur eine Entlastung von rund 13 Millionen. Es dürfte also die Neueinreichung von Wechseln durch die Banken d.h. das Geldbedürfnis der Banken recht gross gewesen sein, nachdem sehr grosse Wechselbeträge ja eingelöst werden mussten. Eine grössere Entlastung ergab sich nur bei den Lombarddarlehen, die um 46,1 auf 69 Millionen zurückgingen. Der Umlauf an Reichsbanknoten hat sich um 206,3 auf 3756,0 Millionen verringert.

Die wichtigsten Veränderungen sind aber auf dem Gold- und Devisenkonto zu verzeichnen. Hier haben sich zwar die Goldbestände (Ankäufe von russischem Gold) um 28,5 auf 2244,4 Millionen erhöht; die Bestände an deckungsfähigen Devisen sind dagegen weiter um 72,5 auf 195,5 Millionen zurückgegangen. Rechnet man bis zur Dezembermitte zurück, so zeigt sich auf dem Goldkonto zwar eine Vermehrung um rund 29 Millionen Mark, bei den Devisenbeständen ist aber eine Verminde- rung um rund 355 Millionen eingetreten. Selbstverständlich sind die Hauptursachen dafür ganz natürliche Vorgänge: ein Teil des letzten Reichskredits dürfte inzwischen in Mark umgewandelt worden sein, vom Ausland sind gewisse Devisenkredite bei ihrer Fälligkeit nicht erneuert worden, und die deutschen Banken selbst dürften auch kaum neue Devisenkredite aufgenommen haben. Sicher aber ist, dass ausländische Valuta in Deutschland in grossem Umfang verwandt worden ist, um ausländische Werte zu erwerben, d.h. die Kapitalflucht aus Deutschland dauert noch fort, und die Reichsbank wird durch die Finanzierung der Kapitalflucht, die zugleich die ausländischen Valuten in die Höhe treibt, geschädigt. Freilich heisst es, dass in der Woche zum 23. Januar sich das Blatt insofern gewendet hat, als die Reichsbank auch wieder Devisenzuflüsse verzeichnet. - Das Notendeckungsverhältnis ist trotz der bisherigen Devisenverluste der Reichsbank günstig geblieben. Das Verhältnis der am 23. Januar vorhandenen Gold- und Devisenbestände zu den umlaufenden Noten hat sich gegen die Vorwoche von 62,7 auf 65,0% verbessert, da ja der Notenumlauf recht erheblich zurückgegangen ist.



## Weizenhausse.

(Berliner Getreidebörse vom 26. Januar)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Montag in fester Haltung. Das Angebot an Brotgetreide beider Art war sehr spärlich. Dabei machte sich besonders nach Weizen rege Nachfrage bemerkbar, so dass die Preise für prompte Ware um 2 bis 3 Mark anziehen konnten. Hierdurch wurde auch der Roggenpreis beeinflusst, zumal die schwach versorgten Mühlen vermehrte Kauflust zeigten. Im handelsrechtlichen Lieferungsgeschäft gingen für Weizen und Roggen die Notierungen um  $1\frac{1}{2}$  bis 2 Mark in die Höhe. Auch für Mehl lauteten die Forderungen höher, wurden jedoch von den Käufern nur schwer bewilligt. Hafer hatte gleichfalls festere Tendenz.

	<u>24. Januar</u>	<u>26. Januar</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	261 $\frac{1}{2}$ - 263 $\frac{1}{2}$	263 $\frac{1}{2}$ - 265 $\frac{1}{2}$
Roggen	156 - 159	159 - 161
Braugerste	199 - 213	199 - 213
Futter- und Industrieroggen	188 - 197	188 - 198
Hafer	139 - 146	140 - 147
Weizenmehl	29,75-36,75	29,75-37,00
Roggenmehl	23,75-26,60	23,75-26,70
Weizenkleie	10,75-11,00	10,75-11,00
Roggenkleie	9,50-10,00	9,50-10,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 281 - 280, Mai 289 $\frac{1}{2}$  - 288 $\frac{1}{2}$ , Juli 292 - 291, Roggen März 179 $\frac{1}{2}$  - 180 - 178  $\frac{3}{4}$ , Mai 186 $\frac{1}{4}$  - 185 $\frac{1}{4}$ , Juli 188 - 186 $\frac{1}{4}$ . Hafer März 155, Mai 165-163 $\frac{1}{2}$ , Juli 170-168 $\frac{1}{4}$ .

## Amtliche Kartoffelnotierungen.

(26. Januar)

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner, waggonfrei ab märkischen Stationen: Weisse 1,10 bis 1,30, Rote 1,20 bis 1,40, Odenwälder Blaue 1,20 bis 1,40, Gelbfleischige (ausser Nierenkartoffeln) 1,60 bis 1,80 Mark. Fabrikkartoffeln 6 Pfennige je Stärkeprozent.

## Amtliche Eiernotierungen.

(26. Januar)

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trink~~e~~ eier (vollfrische, gestempelte, über 65 Gramm 13 $\frac{1}{2}$ -13 $\frac{1}{2}$ , 60 g 12, 53 g 11, 48 g 10, aussortierte kleine und Achmutzeier 8 $\frac{1}{2}$ -9. Auslandseier: Dänen 18er 13 $\frac{1}{2}$ -14, 15 $\frac{1}{2}$ -16er 11 $\frac{1}{2}$ , leichtere 10, Holländer 60 - 62 g 12 - 12 $\frac{1}{2}$ . 57 - 58 g 11 $\frac{1}{2}$ , leichtere 10 - 10 $\frac{1}{2}$ , Belgier 57 - 58 g 11 $\frac{1}{2}$ , Rumänen 9 - 10, Ungarn und Jugoslawen 10, Russen normale 8 $\frac{1}{2}$ -8 $\frac{1}{2}$ , kleine, Mittel- und Schmutzeier 7 $\frac{1}{2}$ . In- und ausländische Kühlhauseier: Normale 8 - 9, Chinesen und ähnliche 7 $\frac{1}{2}$  - 10. Witterung trübe, Tendenz: flau.

# Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 7.

Berlin, den 26. Januar 1931.

Fürsorge für jugendliche Erwerbslose.<sup>x</sup>

-----

SPD. Die Gefahr, dass über der Sorge um die Not erwerbsloser Familienväter die Tragik der Erwerbslosigkeit Jugendlicher in den Hintergrund tritt, liegt nahe, und es kann nicht oft und nicht eindringlich genug auf die Notwendigkeit hingewiesen werden, sich dieser Jugendlichen anzunehmen und wenigstens zu einem kleinen Teil die Gefahren zu mildern, die diesen jungen Menschen drohen. Man bedenke, welche unheilvollen Folgen für einen jungen Menschen daraus entstehen, dass er, aus der Schule entlassen, mit Berufshoffnungen und Berufsfreudigkeit erfüllt, nicht den Segen einer stetigen Arbeit kennen lernt, dass die Kräfte in ihm nicht wachsen können, welche die Bewältigung einer Aufgabe, das Streben nach Aufstieg erzeugen. Dass in solchen Jugendlichen die demoralisierenden Folgen der Arbeitslosigkeit doppelt schwer nachwirken, dass in ihnen der Wille und die Kraft zur Arbeit allmählich ertötet werden müssen, ist nur allzu klar. Umso dringlicher müssen daher Massnahmen getroffen werden, die jene Folgen wenigstens in gewissen Grenzen mildern. Freilich ist die Durchführung solcher Massnahmen ausserordentlich schwer. Einmal hinsichtlich der Erfassung der jugendlichen Erwerbslosen. Es ist ja bekannt, dass nur ein Teil von ihnen Erwerbslosenunterstützung bezieht oder in der Fürsorge des Wohlfahrtsamtes steht. Nach Schätzungen von Sachverständigen kann angenommen werden, dass etwa ein Zwölftel aller erwerbsfähigen Jugendlichen augenblicklich von der Arbeitslosigkeit betroffen wird, und dass alle Kreise und Schichten von Jugendlichen - sowohl der ausgebildete Lehrling und Fachschüler wie der ungelernete Arbeiter - dieses Schicksal teilen. Diese Tatsache muss berücksichtigt werden, wenn Massnahmen der Fortbildung und der Fürsorge für diese Jugendlichen getroffen werden sollen. Sie können nicht einheitlich sein, sondern müssen nach der Art der Ausbildung abgestuft werden.

Eine zweite grosse Schwierigkeit, die sich der Schaffung von Fürsorgemassnahmen für jugendliche Erwerbslose entgegenstellt, ist die finanzielle Seite des Problems. Man ist nur allzu geneigt, solche Massnahmen abzulehnen, mit dem Hinweis darauf, dass die Fürsorge für Familienväter dringlicher sei. Hinzu kommt, dass die ganze finanzielle Last solcher Massnahmen und Einrichtungen auf den Jugendämtern und freien Verbänden für Jugendwohlfahrtspflege liegt weil nach den gesetzlichen Bestimmungen die Arbeitsämter nur dann solche Einrichtungen unterstützen dürfen, wenn sie für Unterstützungsbezieher bestimmt sind und eine Berufsbildung in engerem Sinne erfolgt, die Teilnehmer also durch diese Massnahmen leichter in Arbeitsstellungen vermittelt werden können. Es ist ausserordentlich bedauerlich, dass durch diese Bestimmung die Schaffung von Werkkursen und von Fortbildungseinrichtungen sehr erschwert wird. Dennoch finden sich hier und dort in einzelnen Städten Ansätze, um den erwerbslosen Jugendlichen neben körperlicher Ertüchtigung auch eine berufliche und allgemeine Fortbildung zu ermöglichen. So arbeitet in Frankfurt a.M. der Verein Kinderschutz und Jugendhilfe, in Berlin der Helferkreis "Zugscharen" durch gesellige Veranstaltungen, Einrichtung von Jugendclubs im Dienste dieser Aufgabe und versucht so, an die Jugendlichen heranzukommen und ihnen zu helfen. Andererseits sind in verschiedenen Städten Werkheime und Arbeitslager für jugendliche Erwerbslose eingerichtet worden, in denen landwirtschaftliche Arbeit und handwerkliche Beschäftigung mit geistiger Schulung einhergehen. In München und

Würzburg haben private Frauenvereine Nähkurse eingerichtet, in denen die Ertragnisse städtischer Altkleidersammlungen durch Jugendliche für die Erwerbslosen hergerichtet und umgearbeitet werden. Mit Recht wird von sachverständiger Seite darauf hingewiesen, wie notwendig die Schaffung solcher Einrichtungen nicht nur in den grossen Städten, sondern ganz besonders auch in den Orten unter 10 000 Einwohnern, und wie aufnahmefähig gerade die Jugend dieser Landstädte ist.

Der preussische Handelsminister hat vor kurzem in einem Erlass bestimmt, dass für die erwerbslosen, noch berufsschulpflichtigen Jugendlichen ein zusätzlicher Berufsschulunterricht von 12 bis 18 Stunden wöchentlich, für die nicht berufsschulpflichtigen ein solcher von 18 bis 24 Stunden eingerichtet werden soll. Wenn dieser Unterricht so gestaltet wird, dass die Jugendlichen mit Freude und freiwillig an ihm teilnehmen und wirklich einen Gewinn aus ihm ziehen, so bedeutet diese Einrichtung eine ausserordentliche Bereicherung der Bestrebungen zur Förderung der jugendlichen Erwerbslosen. Aber es muss immer wieder darauf hingewiesen werden, dass die gesamten Verbände der Jugendpflege sich auf diesem überaus wichtigen Gebiete noch viel mehr als bisher betätigen müssen und dass die Jugendämter die Anregung hierzu in stärkerem Masse als bisher geben müssen.

### ----- Der erste Schultag im Negerdorf.<sup>x</sup> -----

SPD. Ein "Schulanfang" in Gabon am Kongo sieht allerdings etwas anders aus als in Europa. Davon erzählt ein Leser im Pariser "Quotidien", der eine hübsche Schilderung vom ersten Schultag in einem Negerdorf entwirft. Die Schullehrer von Französisch-Guinea können nicht damit rechnen, dass ihre lernwilligen Schäflein in der bekannten Disziplin und Ordnung anrücken, wie man es in Europa gewöhnt ist. Viele schwänzen gleich am ersten Tage und laufen in den Wäldern umher. Von 40 eingetragenen Schülern kommen nur 25. Es passiert auch, dass eine Negermama zu ihrem schwarzen Kinde sagt: "Geh nicht hin! Man wird dir den Bauch aufschneiden und dein Herz aufessen!" Worauf natürlich der oder die Kleine zum grossen Verdruss des Vaters und des Dorfältesten nicht zu bewegen ist, in die Schule zu gehen. Im grossen und ganzen finden die Neger keinen zu grossen Gefallen an dieser europäischen Einrichtung. Man braucht die Kinder im Hause, vor allem die Mädchen. Wer soll nach dem Brunnen, auf das Feld, zum Markte gehen? Wer soll auf den kleinen Bruder achten?

Allmählich jedoch bricht sich Wandel. Auch der Neger erkennt, dass dem heutigen Klassenkampf, der bei ihm ja ausserdem noch ein Rassenkampf ist, nur mit fortschreitender Bildung zu begegnen ist. Er schickt seine Kinder gern in die Schule, wo sie lesen, schreiben und die Sprache der Herren, Französisch, erlernen.

Vor jedem Schulanfang wird das Eingeborenenort in einen wahren Aufruhr versetzt. Alles schreit, rennt, diskutiert. Auf dem Dorfplatze sind alle Einwohner versammelt. Die Kolonialbeamten kommen, weiss gekleidet und mit Tropenhelmen. Einige krachende Paukenschläge, dann plötzliche Stille. Ein weisser Offizier, dessen Orden in der Sonne blitzen, tritt vor. Er spricht: "Ihr müsst eure Kinder in die Schule schicken. Es ist besser für euch und eure Zukunft. Wir werden eure Religion und eure Sitten nicht verletzen. Aber wir werden den Kindern unsre Sprache beibringen. Sie können dann später mit uns sprechen, können es uns sagen, wenn sie etwas brauchen. Sie werden dann genau solche Menschen werden wie wir. Alle eure Interessen können sie dann verteidigen, und später werden sie vielleicht das Dorf verwalten..."

Der Uebersetzer wiederholt jeden Satz des Offiziers. Man hört mit grosser Aufmerksamkeit zu. Viele Väter nicken mit den Köpfen; sie sind ganz mit dieser Rede einverstanden. Nur ein paar eingeschrumpelte Alte und der Häupt-

ling schweigen. Ihre Augen blicken unergründlich. Sie ahnen den Pferdefuss in den schönen Versprechungen; sie haben zu viel Kenntnis von der "Kultur" der Weissen. Der Neger, der französisch spricht, ist für sie schon ein Renegat.

Eine halbe Stunde währt diese Zeremonie. Dann wieder Paukenschläge. Jetzt drängen sich lachend oder scheltend die Eltern um den Lehrer, der ihre Kinder einschreibt. Die Schule kann am nächsten Tage beginnen. - -

Die Schule? Eine einfache Bambushütte, viereckig oder in Form einer Granate, je nach der Gegend. Der Lehrer ist ein alter, erfahrener Neger. Er steht stramm aufrecht und hält ein Stück weisser Kreide in seiner schwarzen Hand, ganz von dem Pflichtbewusstsein und der Wichtigkeit seiner Person durchdrungen. Vor ihm hocken die Kleinen, die in allen Altersstufen gekommen sind. In der Ferne schauen ein paar schwarze Mütter ängstlich zu. Dann jedoch, sobald sie merken, dass ihren Lieblingen nichts passiert, strahlen ihre Augen. Die Verschiedenheit der Rassen und der Dialekte macht einen Unterricht in der Eingeborenen-sprache unmöglich. Darum lernen die kleinen Neger sofort Französisch. Der Lehrer schreibt ein Wort an die Tafel, erklärt die einzelnen Buchstaben und lässt das Wort von jedem Schüler fünfzig, sechzig Mal wiederholen. Dann wird der Unterricht mit einem kleinen Liede beschlossen. Der erste Schultag ist zu Ende. Die kleine Schar stürzt sich schreiend und tobend ins Freie. Sie unterscheidet sich durchaus nicht von den weissen ABC-Schützen, die ihren auf Stunden gefesselten Freiheitsdrang austoben müssen. Voll Stolz geht es nach Hause, um zu erzählen, wie es gewesen ist.

Der Lehrer aber hat noch wochenlang seine liebe Not, die rühdigen Schäflein einzufangen, die nicht zum Unterricht kommen wollen. Er läuft von Hütte zu Hütte und droht und verhandelt mit den Eltern. Hat er einen von den Schulschwänzern erwischt, dann zieht er ihn scheltend an den Ohren. Der Kleine rollt erschrocken mit den Augen und sagt in seinem Dialekt: "Ja, ja, Schule. Aber ich nicht gewusst, dass heute Schule...." Martin Natteroth.

#### Krankenkost.<sup>X</sup>

SPD. Von Krankheiten hört man im allgemeinen nicht gern. Aber gegenwärtig, wo alle Welt erkältet ist und die Grippe wieder durchs Land schleicht, muss man wenigstens einmal von geeigneter Krankenkost plaudern. Gerade die Grippe hat die böse Eigenschaft, stark zu schwächen und gleichzeitig jeden Appetit zu nehmen, sodass der arme Kranke zusehends matter wird. Die besorgte Hausfrau muss also danach streben, durch geeignete Gerichte den Appetit des Kranken zu beleben. Dazu hilft zunächst eine kräftige, klare Brühe, welche die Magensäfte anregt und ihre stärkende Wirkung nicht verfehlt. Der Patient wird bald nach weiteren Speisen verlangen, die besonders schmackhaft, gleichzeitig aber auch leicht verdaulich sein müssen. Weichliche Kost wird von Erwachsenen meistens abgelehnt. Deshalb rate ich zu nachstehenden leicht bekömmlichen Speisen, die in solcher Zubereitung erfahrungsgemäss gern genommen werden.

Um Spiegeleier auf Dampf herzurichten, deckt man einen Kochtopf mit siedendem Wasser durch einen tiefen Teller ab. Der Teller wird von den aufsteigenden Dämpfen rasch erwärmt, sodass die nötige Butter darauf zerfließt. Wir prüfen nun die Eier auf ihr Alter (was in dieser Jahreszeit unerlässlich ist) und schlagen sie zu diesem Zwecke einzeln in eine Tasse. Vorsichtig, bitte, damit die Eidotter hinterher als leuchtende Augen den Appetit des Kranken locken! Das Eigelb erhält noch eine Prise Salz. Nach etwa 5 Minuten sind die leckersten Spiegeleier fertig. Bei dieser indirekten Erwärmung kann sich die untere Kruste nicht bilden, und das Eiweiss wird locker wie Marzipan. Ausserdem ist zerlassene Butter leichter als gebräunte zu verdauen.

Zu einem ausgezeichneten Püree wird ein halbes Pfund Linsen mit einer Mohr-

rübe und einer kleinen Zwiebel gut mit Wasser bedeckt und auf kleiner Flamme weichgekocht. Dem matten Magen nimmt das Sieb einen Teil seiner Arbeit hilfsbereit ab, indem die Linsen durchgerührt werden. Den Brei rührt man dann in einem frischen Kochtopf so lange mit einem Holzquirl, bis er mit den Wandungen nichts mehr zu tun haben will und sich energisch bindet. Zur Belohnung bekommt er 2 Löffel Linsenwasser und ganz zuletzt 1 Esslöffel frischer Butter.

Ein Hospital-Schnitzel verlangt 100 Gramm ganz fein gewiegtes Kalbfleisch 2 Esslöffel Spinat werden in schmale Streifen zerlegt und mit einem halben Teelöffel Wasser bis zum Brodeln erhitzt. Nun muss unser Spinat ein Sieb passieren und wird in der Röhre getrocknet. Er ist der geeignete Partner zum gewiegten Fleisch, wobei ein Eigelb vermittelnd die Bindung besorgt. Mit einer Gabel kneten wir den Teig gut durcheinander und dürfen eine kleine Prise Salz nicht vergessen. Kleine Schnitzel, mit dem Esslöffel geformt, werden in Butter auf beiden Seiten leicht durchgebraten.

Solche Gerichte finden die richtige Ergänzung durch einen feinen Kartoffelbrei. Hierzu werden geschälte rohe Kartoffeln in Scheiben zerschnitten, gut gewaschen und in Wasser mit ganz wenig Salz weichgekocht - doch nicht zerkocht. Dann zerquetscht man die Kartoffeln mit einer Reibkeule, spendiert etwas Sahne und ein Stückchen frische Butter und verrührt alles zu einem dicken Brei. Seine Wesensart wird noch sanfter, wenn er einen feinen Durchschlag passieren musste.

Mit diesen Gerichten werden Sie die gesunkenen Lebensgeister matter Patienten wieder aufleben lassen.

Lucie Bürgel (Potsdam).

#### Ananas-Pralinen.<sup>x</sup>

SPD. Joan Kingford stand auf dem Achterdeck der "Itagui", hatte eins ihrer schmalen Samthändchen auf die Reeling gelegt und starrte hinaus auf den nächtlichen, zischenden Atlantic. Ein wollener Sportsweater, bis zum Kinn hinaufreichend, liess die anmutigen Linien ihres Körpers herb und hoheitsvoll hervortreten. Der Wind kämte ihren blonden Schopf spielerisch nach hinten.

"Ich werde eine Bratwurst essen gehen," sagte Joan zu sich selbst. Sie ärgerte sich gewaltig. Es war aber auch zu toll, wie dieser Amerikaner, der Bengel, seit der Abfahrt vor zwei Tagen in Bahia um sie herumschwänzelte, lachte, geistreich sein wollte, wieder lachte, die Zähne zeigte und im Übrigen zu seinem hübschen Gesichte nichts weiter als gute Figur machte. Und nichts ärgerte Joan mehr, als wenn so ein Jüngelchen vor Selbstbewusstsein strotzte, bloss weil es, zugestanden, einen imposanten Brustkasten und dito Schultern mit auf die Welt bekommen hatte. Am heutigen Nachmittage hatte ihr der Junge einen riesigen Kasten mit den weltbekannten Fennimore'schen Ananas-Pralinen mit seiner Karte schicken lassen. Diese Spezialität des Konfitürenkönigs Fennimore war selbstverständlich sofort über Bord geflogen, und Joan beachtete Bobby Savannah, den Amerikaner, hinfort überhaupt nicht mehr.

Der Turbinendampfer "Itagui" war ein luxuriös ausgestattetes brasilianisches Vergnügungsschiff, das von Bahia aus die achtzehntägige Reise nach Liverpool machte.

Am Morgen des dritten Tages, als der Ozean grünlich und rotgolden unter den Strahlen der aufgehenden Sonne gleisste und schwankte, brachte die Stewardess abermals einen Kasten mit Ananas-Pralinen in Joan Kingfords Kabine. Joan warf die Stewardess zur Tür und die Pappschachtel zur Kabinenluke hinaus. Sie war empört. Da auch am vierten und fünften Reisetage Bobby sich lächelnd in die gleichen Unkosten stürzte, musste Joan diese Prozedur noch zweimal wiederholen. Am Nachmittage des sechsten Tages liess Mister Savannah, als niemand in der Nähe war, der Dame seines Herzens das süsse Geschenk durch einen

Boy auf dem Deck des Vorderschiffes überreichen. Er selbst stand, seine weissen Zähne zeigend, von Joan unbemerkt, an die Tür des Kommandoraumes gelehnt. Als sein Kasten abermals über Bord flog, trat er, leichthin schlendernd und hochaufgereckt, hervor und auf Joan zu. "Baby," sagte er unschuldsvoll lächelnd und schob das Kinn vor, "die Seeluft macht hungrig, und es ist recht von Dir, zu füttern. Aber die leeren Kartons solltest Du nicht über die Reeling werfen. Das verunreinigt unsern schönen, sauberen Atlantic. Es gibt Papierkörbe genug hier."

Da konnte sich Joan nicht mehr halten. "Denken Sie vielleicht," platzte sie grimmig heraus, "ich schluckte auch nur eine Unze von Ihrem Zeug hinunter? Mir scheint, Sie sind betrunken, mein Herr." Bobby zog sich sachte zurück und liess abermals seine prachtvollen Zähne blitzen.

Als ihr auch am folgenden Nachmittag eine Riesenschachtel mit Fennimores Ananas-Pralinen überreicht wurde, schritt Joan Kingford entschlossen in die Verkaufshalle und Konditorei der "Itagui".

"Wieviele Schachteln Fennimore-Pralinen haben Sie noch hier?" fragte sie den Verkäufer.

"Siebzehn sind es noch."

"Geben Sie sie her!"

"Oh, gern, aber der Herr, der an jedem Tage bei mir eine Schachtel holt, wird böse sein, wenn ich ihm morgen nichts mehr verkaufen kann."

"Geben Sie sie her!" herrschte Joan den Mann an. Dann bezahlte sie pro Karton acht Dollar und gab ihm zwanzig Dollar Trinkgeld, nachdem er geschworen hatte, dass nun weder hier noch sonst irgendwo an Bord eine Schachtel mit Ananas-Pralinen aufzutreiben sein würde. Beruhigt begab sich Joan Kingford in ihre Kabine, öffnete das Bullauge und - hui!- schwang sie ein riesiges Paket mit einer leuchtenden roten Seidenschleife hinaus in das klatschende, weite Nass.

Am nächsten Tage, gegen Abend, überreichte die Stewardess Joan Kingford im Auftrage von Bobby Savannah eine riesige Schachtel mit Fennimores Ananas-Pralinen. "Verdammt," dachte Joan verdutzt, "dies ist ein ausreichender Grund für eine Dame, einmal kräftig zu fluchen." Und dann sagte sie allerhand nette Sachen auf.

Am Nachmittag des folgenden Tages sandte Bobby wiederum den üblichen Karton, angefüllt mit den dicksten schokoladeüberzogenen Ananasscheiben.

Die Capverdischen Inseln lagen schon lange hinter der "Itagui". Gestern hatte sie Madeira passiert. Die Nacht lag über dem Ozean. Die portugiesische Küste konnte nicht mehr fern sein. Und da! auf der Steuerbordseite, wie Joan, in einen Trench gehüllt, lässig stand und sann und starrte, tauchten plötzlich weit, weit draussen einige Reihen gelber, flackernder, durcheinandergestreuter Punkte auf. "Das werden wohl die Lichter von einem der Seebäder sein," sagte auf einmal eine Stimme neben Joan. Sie fuhr herum. Und dann sagte Bobby Savannah, zum ersten Male nicht lächelnd: "Das Leben ist schön, und das Meer ist noch schöner. Würdest Du sehr böse sein, Baby, wenn ich der Meinung wäre, dass Du von allem das schönste bist?"

"Mister Savannah," sagte Joan rasch und sich verhaspelnd, "bitte, sagen Sie nicht Du zu mir und nennen Sie mich auch nicht Baby!"

"Ja," antwortete Bobby leise und lachte nun wieder ein wenig, "Du hast recht, Baby. Ich will Dich Joan nennen in Zukunft." Dann nahm er sie in die Arme. Und Joan liess es geschehen.

Als die beste Geschichte aber, die drei Wochen später auf Joans Hochzeit in London zu hören war, galt die Erzählung von Bobby, dem Bräutigam, wie dieser einst an Bord eines brasilianischen Dampfers, nachdem er beobachtet hatte, wie eine gewisse Dame fast einen ganzen Konfitürenladen aufkaufte, an dem Bullauge des Gepäckraumes, der unterhalb der Kabine der besagten Dame gelegen war, zehn Minuten lang, an zwei Stangen ein riesiges Netz hinaushaltend, gewartet hatte und es als eine wohlverdiente Belohnung für seine Kombination und Ausdauer ansah, als er endlich siebzehn Kartons mit Fennimores Ananas-Pralinen auffischen konnte.

Werner Lobbenberg.

## Schnellrechnen!<sup>X</sup>

---

SPD. Mann und Frau stritten sich. Über das Haushaltsgeld. Es war aber ganz harmlos, beileibe kein böser Zank. Schliesslich sagte der Mann halb lachend: "Lass nur, Du kannst ja doch nicht rechnen!"

"Na, schneller als Du, bestimmt!" sagte die Frau.

"Das käme auf eine Probe an!" meinte er belustigt. Die Frau, nicht faul, nahm ein Blatt Papier, schrieb darauf 12 345 679 und sagte zu ihrem Manne: "Multipliziere das mal mit neun!" Der Mann setzte sich hin, rechnete und rechnete, sah aber, dass seine Frau das Resultat schon lange heraus hatte. Endlich sagte er: "Ich habe ausgerechnet lll lll lll!"

"Na, sieh mal meine Rechnung an; viel schneller hab' ich das gekonnt!"

Der Mann stutzte. Dann sagte er: "Aha, jetzt merke ich was. Du hast Dir das schon vorher ausgerechnet!"

"Aber, bitte" - wehrte die Frau ab - "nimm dieselbe Zahl und multipliziere sie mit - na, meinetwegen mit 72!"

"Schön!" sagte der Mann. Aber er hatte erst vier Ziffern multipliziert, da hatte seine Frau schon das ganze Resultat herausgerechnet. Als sie die Summen verglichen, stimmte es nicht; der Mann hatte sich sogar noch verrechnet. Er fand seinen Fehler, und dann stimmten beider Rechnungen; es kam die Summe 888 888 888 heraus.

"Das ist ja Hexerei!" sagte der Mann erstaunt. "Wie machst Du das bloss?"

Die Frau erklärte es ihm erst, nachdem der Mann ihr ganz ernsthaft versichert hatte, dass sie ihm im Rechnen überlegen sei.

"Es ist nämlich ganz leicht! Ich weiss, dass 12 345 679 - die acht fehlt; bedenke das! - mal neun lll lll lll ergibt. Und wenn man das Doppelte von neun, also achtzehn, nimmt und damit multipliziert, so kriegt man das Doppelte dieser Einerreihe, also 222 222 222 heraus, beim Doppelten von achtzehn, bei sechsunddreissig, kriegt man die doppelte Zweierreihe, bei 72 die doppelte Viererreihe undsoweiter. Also ganz einfach!"

Gerhard Frank.

---

SPD. Steinach 70 Jahre alt.<sup>X</sup> Professor Dr. Eugen Steinach feierte am 27. Januar seinen 70. Geburtstag. In Hohenems (Vorarlberg) als Sohn eines Arztes geboren, studierte er in Genf und Wien. 1890 habilitierte er sich an der deutschen Universität in Prag, wo er später Professor wurde. 1912 berief die Akademie der Wissenschaften in Wien Professor Steinach als Vorstand der biologischen Versuchsanstalt, wo er seither arbeitet. - Steinachs Arbeiten über die Physiologie der Keimdrüse, ihre Feminierung, ihre Maskulierung (Umwandlung in das gegenteilige Geschlecht) und Wiederbelebung, machten ihn als Entdecker der "Verjüngung" populär. Das von Steinach dargestellte weibliche Sexualhormon - als Präparat unter dem Namen Progynon bekannt - hat die Therapie bei Störungen des weiblichen Organismus wesentlich erleichtert.

---

SPD. Die Haut schützt uns vor Ansteckung.<sup>X</sup> Viel zu wenig hat man früher beachtet, dass die Haut, jene wundersame Grenzschicht zwischen unsern Organen und der Aussenwelt, uns auch aktiv vor Ansteckung schützt. Nach den neusten Beobachtungen enthält die Haut unmittelbar Stoffe, die eine keimtötende Wirkung haben. Trägt man auf die Haut Bakterienkulturen auf, so werden in wenigen Augenblicken 90 bis 95 Prozent dieser Bakterien abgetötet. Allerdings hat nur die reine Haut diese Schutzwirkung, während die unsaubere Haut gerade einen guten Nährboden für Krankheitskeime darstellt.

---

# Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S . P . D

Berlin, den 26. Januar 1931

Soldat Nothmann.<sup>x</sup>  
-----

SPD. Nothmanns Bekanntschaft machte ich an einem trüben Aprilmittwoch des Jahres 1918, als ich nach vierzehntägigem Heimurlaub wieder in den kleinen Etappenort in der Gegend von Baranowitschi zurückkehrte, wo unser Fernsprekzug beim Leitungsbau lag. Während ich die letzten paar Kilometer von der Bahnstation nach unserm Quartier durch den Morast der echten russischen Landstrasse marschierte, bekam ich kurz vor den ersten Häusern ein merkwürdiges Bild zu sehen: Neben der Strasse lag eine Wiese. Auf der Wiese stand ein Soldat mit einer Peitsche und machte ein vertattertes Gesicht. In der Ferne jagte ein Pferd. Der Soldat war Nothmann.

Es mochte wohl pure Neugier sein, dass ich zu ihm ging, um das Rätsel dieses einsamen Streiters zu ergründen.

"Na, Kamerad", redete ich ihn an, "een bewachst du denn da?"

"Cha, das da...", und er zeigte nach hinten auf das Pferd.

"Nanu", staunte ich, "wegen des einen Pferdes haben sie dich hierhin gestellt?"

"Ejentlich noch blos wäjen denn eenen, awwr die annern sinn mir ausge-  
riggt, die verriggtten Sticke..."

So kam es heraus, dass sie den unglücklichen Nothmann, den sein Geschick aus Leipzig zu uns getrieben hatte, mit acht Pferden unsres Zuges auf die Weide geschickt hatten, wo nach Meinung des Feldwebels die Rösser anstelle des ausgebliebenen Hafers sich an den kümmerlichen Kräutern der Wiese erquicken sollten. Das taten sie denn auch. Aber als sie dergestalt ihren Fresstrieb befriedigt hatten, brach aus ihnen ein hemmungsloses Gelüst nach Freiheit, dem sich der Gemeine Nothmann als unzulängliches Hindernis in den Weg stellte. Zuletzt stand dieses Häufchen Unglück, in seiner schlotternden Uniform geradezu die Karikatur eines Soldaten, allein auf Gottes weiter Flur, während weit hinten in der Ferne die wilden Rösser übermütig schnaubten.

"Na", sagte ich, "da mach's nur gut mit deinen Zossen!" (So nannte rauher Kriegermund die edlen Tiere). Mit dieser herzlichen Aufforderung schritt ich weiter und überliess Nothmann seinem Schicksal, das denn auch bald in Gestalt unsres dicken Feldwebels, der vom Dorf aus Nothmann und seine Rösserflucht irgendwie erspäht haben musste, mit grimmen Schritten auf ihn losmarschierte. Es dauerte auch nicht lange, da erhob sich auf der Wiese ein furchtbarer Spektakel. Die Flüche des erbosten Gewaltigen schallten durch die stille Natur. Mit einer wahren Löwenstimme versicherte er dem unglücklichen Nothmann, der verstört alles über sich ergehen liess, dass nur Gott in seinem grössten Zorn ihn erschaffen und zum Soldaten gemacht habe.

Inzwischen begann es zu regnen.

Fünf Minuten später kam der Feldwebel in unser Quartier gestürzt, platzte mitten in ein Skatspiel hinein und jagte uns hinaus, um Notmanns entflohene Pferde einzufangen. Die Schimpfworte, die daraufhin von allen Seiten gegen Nothmann hagelten, liessen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Tage vergingen, Wochen. Im strömenden Führjahrsregen legten wir Leitungen, reparierten und beseitigten Störungen. Daneben hatte unser Zug auch die Fernsprekstelle des kleinen Ortes zu bedienen. Der Dienstraum befand sich in dem Schulgebäude, das uns gleichzeitig als Quartier diente. Als wir eines Abends



müde und durchnässt heimkamen, meinte der lange Rheinländer: "Heute Abend hat Nothmann Nachtdienst".

"Aber der hat doch überhaupt noch nicht am Kasten gesessen", entgegnete ihm ein anderer.

"Na, die paar Nummern wird er schon stöpseln können. Der Alte hat ihn ja ordentlich herangekriegt."

Nun wurde ein Plan ausgeheckt. Nothmann, der irgendeinen lebensfernen Beruf ausübte, stand allen praktischen Dingen des Alltags mit einem geradezu rührendem Unverständnis gegenüber. Er brachte es nicht fertig, ein Scheit Brennholz vernünftig zu spalten. Wieviel schwieriger musste es sein, ihm die Bedienung einer Fernsprechanlage klar zu machen! Es dauerte lange, ehe er begriffen hatte, dass er sich melden und dann die verlangte Verbindung stöpseln sollte.

Als er um zehn Uhr seinen Dienst antrat, ahnte er nicht, dass wir von der Zentrale eine provisorische Leitung gelegt und in unserm Schlafraum einen Apparat aufgebaut hatten. Er war kaum drüben, als schon einer von uns an den Apparat ging und den Hörer abnahm. Prompt klingelte es drüben. Nothmann meldete: "Hier Station..." - Stille - er wartete. Er meldete sich zum zweiten, zum dritten Mal. Seine Stimme klang zuerst ängstlich; sie wurde erregter; zuletzt schrie er verzweifelt: "Hier Station..." in das Mikrophon, während wir, nur wenige Schritte von ihm entfernt, vor Lachen die Zähne zusammenbissen.

Endlich wurde es still. Dann hörten wir Schritte. Die Tür ging auf, und Nothmann steckte seinen Kopf herein: "Iss mäld sich ja geenr! Was solljn da machn?"

"Ach, so", sagte der Rheinländer, der die ganze Sache aufgezogen hatte, "das ist sicher der neue Ortskommandant von B... Der hat einen ganz besonderen Fimmel mit seinem ewigen Telefonieren. Da musst Du Dich vorsehen...."

"Na mainswäjjen, aber bei mir soll der dadrrmidde geen Glick hamm..." Damit verschwand Nothmann. Prompt ging der Spaas wieder von neuem los. Nothmann hatte angestrengten Nachtdienst. Immer wenn in der Nacht einer von uns munter wurde, ging er an den Apparat und liess Nothmann melden, der vor dem unsichtbaren Kommandanten erzitterte. Gegen Morgen erklang seine Stimme heiser und vollständig erschöpft.

Endlich konnte sich der lange Rheinländer nicht mehr halten. Er markierte eine näselnde Oberleutnantsstimme und schrie in den Apparat hinein: "Nothmann, Sie sind ja ein komplettes Rindvieh. In ihrem ganzen Leben werden Sie es nicht lernen, einen Apparat zu bedienen..."

Es dauerte nicht lange, und Nothmann erschien bestürzt im Schlafraum: "Däa Neue kännt mich ja schon. Wohär weess där dnn meinen Namen? Ich gann doch ooch nich mähr dun als mällden..." Wir grinnten. Da erblickte endlich Nothman unser Telephon, und eine Erleuchtung zuckte über sein Gesicht: "Ihr, ihr währd mir ja scheene Gammerad'n", meinte er aufrichtig enttäuscht. Wir hatten Vergeltung für den Pferdefang geübt.

Lange Zeit grollte Nothmann uns und war unversöhnlich "beese". Endlich reklamierte ihn in der Heimat irgendein Amt. Und so entschwand er nach seinen heimatlichen Gefilden und kehrte zurück in das Land des Blümchenkaffees und der Papierkragen.

Caliban.

-----  
Kalender sehen dich an.<sup>x</sup>

-----  
Von Weare Holbrook (New York.)

SPD. Den schlechten Zeiten entsprechend ist in diesem Jahre auch die Kalenderernte mager ausgefallen-. Wir waren gewohnt, damit rechnen zu können, von der Bank alljährlich einen prächtigen Kalender mit einer farbenbunten Litho-

graphie zu erhalten, die gewöhnlich irgendeine Schlacht oder sonstige blutrünstige Dinge darstellte und uns offenbar die Segnungen des Friedens und eines Zinsfusses von vier Prozent deutlich vor Augen halten sollte. Auch die Versicherungsgesellschaft hat uns diesmal übersehen, garnicht davon zu reden, dass der Papierwarenhändler, der Fleischer und der Drogist ausgeblieben sind.

Aber noch gibt es die literarischen Kalender, die uns Zitate aus den Klassikern in kleinen täglichen Portionen darbieten. Oft entstammen alle Zitate einem Klassiker, und der Kalender betitelt sich etwa "Ruskin Tag für Tag", "Durch das Jahr mit Goethe" oder "Der tägliche Shakespeare". Der Schwan von Avon, mit gestutzten Flügeln, im Joche eines Kalendererzeugers, der streng darauf sieht, dass Shakespeare täglich nur ein Zitat von sich gibt, mag eine beklemmende Vorstellung sein. Aber offenbar gibt es genug Shakespeareverehrer, die auf ihrem täglichen Shakespearezitat bestehen, mag es auch nur wie das folgende aussehen: "Sonntag, 25. Januar - "Geh' zur Hölle!" ("Sommernachtstraum", 1. Akt, 1. Szene).

Nicht so unterhaltsam sind die historischen Kalender, die nur nackte Tatsachen - und durchaus keine heiteren - zu bieten wissen. Im Januar zum Beispiel finden wir die Todestage Sir Ernest Shackletons, Napoleons III., Lenins, Königin Victorias, William Pitts und Feldmarschall Haighs, ganz abgesehen vom Falle Port Arthurs, von der Eroberung von Paris und einiger Schlachten. Der Besitzer des historischen Kalenders wird sich von Tag zu Tag der Vergänglichkeit des Menschenlebens mehr bewusst, und wenn er bis zur Mitte des Juli vorge-schritten ist (Erstürmung der Bastille 1789, Ermordung Nikolaus II. 1918, Ent-hauptung Robespierres 1794, Ermordung König Humberts von Italien 1900 und so weiter), dann wird er überzeugt sein, dass er nur durch ein Wunder noch am Le-ben ist.

Noch viel niederdrückender wirkt der "moralische" Kalender. Sein Ziel ist es, Einen Tag für Tag mit neuem Ehrgeiz und neuen Vorsätzen zu erfüllen. Aber die Wirkung ist gerade entgegengesetzt. Ja, er kann sogar zu einem seelischen Zusammenbruch seines Besitzers führen.

Der Fall des Herrn Q. ist ein schreckliches Beispiel für den zersetzenden Einfluss von Kalendersprüchen. Der Kalender, den Herr Q. zum Geschenk erhielt, betitelte sich "Halt! Einkehr jeden Morgen!" Herr Q. hängte ihn an der Wand seines Büros neben der Uhr auf, damit er jedes Mal, wenn er wissen wollte, wie spät es sei, des täglichen Sinnspruches gewahr werde. Nachdem er das Titelblatt und den 1. Januar mit dem Sinnspruch "Ein glückliches Neues Jahr!" abgerissen hatte, las er: "Die Biene blickt nicht auf die Uhr. - Warum tust Du es?" Er beherzigte den Wink und wies dem Kalender einen Platz neben dem Telephon an. Der goldene Spruch für den 3. Januar lautete: "Wenn es das Erste Mal nicht glückt, verzweifle nicht, verzweifle nicht! (Anonymus)". Oftmals am Tage starrte Herr Q. auf den Sinnspruch, während er sich vergeblich bemühte, eine Telephonverbindung zu erhalten. Schliesslich nahm er einen Anlauf und riss das höhnische Kalenderblatt ab. Dabei fiel der ganze Kalender zu Boden, und Herr Q. musste einen Hammer nehmen und das Ding wieder annageln. Erst nachdem er sich zwei Finger zerquetscht und die Mauer arg beschädigt hatte, las er die Worte für den 4. Januar: "Genie ist einfach die unbegrenzte Fähigkeit, Leiden zu erdulden", und er beschloss, erst am übernächsten Tage wieder nach dem Kalender zu sehen.

Am 5. Januar verkündete der Kalender: "Ein Freund in der Not ist ein Freund bis zum Tod!" Noch am gleichen vormittag erhielt Herr Q. den Besuch seines alten Freundes Jerry Topham. Der war stets ein Freund in der Not gewesen. Heute benötigte er dringend hundert Dollar, und Q. lieh ihm schliesslich fünfzig. Kaum war Jerry gegangen, als Q. den Kalender umblätterte, in der Hoffnung eine weniger ironische Bemerkung vorzufinden. Unter dem 6. Januar las er: "Wer borgt, verliert oft Geld und Freund" (Shakespeare), war ihn nicht gerade ermutigte.

Zwei Tage später kam seine Schwiegermutter auf Besuch von unbestimmter Dauer - die Provinz ist ja so langweilig -, und der Kalender fragte: 8. Januar-

"Was ist ein Heim ohne Mutter?" (Chaucer). Q. war sich bewusst, dass es lange Zeit dauern würde, bevor er in die Lage käme, die Frage des Kalenders zu beantworten. Zornig drehte er den Kalender um. Er begann, ein wenig abergläubisch zu werden.

Doch schon am folgenden Tage konnte er der Versuchung nicht widerstehen, einen Blick nach dem Sinnspruch zu werfen. Er hatte gerade von weiteren Kursrückgängen an der Effektenbörse erfahren, und sein Bankier verlangte energisch Deckung, widrigenfalls er mit Notverkäufen vorgehen müsse. Q. blickte auf den 9. Januar "Steter Tropfen höhlt den Stein" (Lukrez), stand da zu lesen. Das war unheimlich! Mit zitternden Händen blätterte er weiter, um zu sehen, welche Hiobs post ihm der nächste Tag bringen würde. "10. Januar. - Wo ein Kind im Haus stirbt der Frohsinn nimmer aus". Q. wusste wohl, was dies zu bedeuten habe. Cousine Lucy mit ihren Zwillingen rüstete sich zu einem längeren Besuche! Leise stöhnte er und las weiter. "11. Januar. - Das Leben ward uns Menschen nur geliehen. (Bailley)". Er atmete schwer. Ja, hier stand es deutlich unter dem 11. Januar. Nur noch zwei Tage bis dahin! Mit angehaltenem Atem blätterte er weiter. "12. Januar, Was du heute kannst besorgen, das verschiebe nicht auf morgen!" (Benjamin Franklin). Nein, es gab kein Entrinnen!

Ein plötzlicher Entschluss durchzuckte Herrn Q. Er durchlief sein Büro, riss das Fenster auf, schwang sich auf die Fensterbrüstung, sah auf die unten zwerghaft wimmelnden Menschen und Autos - und sprang in die Tiefe.

Der Kalender hatte sein Werk vollendet!

(Einzig berechnete Uebersetzung aus dem Amerikanischen von Leo Korten).

### Finanznöte von ehemals.<sup>x</sup>

SPD. Finanznöte hat es zu allen Zeiten gegeben. Sie sind keine Erfindung der heutigen Zeit. Und wenn das auch ein geringer Trost ist für uns, die wir besonders schwer darunter zu leiden haben, so ist doch die Erkenntnis wertvoll, dass auch unter den so oft gerühmten monarchischen und feudalistischen Systemen die Sorge um den Staatsschatz keine unwesentliche Rolle spielte und oftmals zu Mitteln greifen liess, die für heutige Begriffe so abstossend sind, dass selbst der abgebrühteste Diktator nicht mehr wagen würde, sie anzuwenden.

Der Verkauf von Landeskindern als Kanonenfutter für Amerika ist ja schon oft geschildert worden. Heute wollen wir uns darauf beschränken, den Zusammenhang von Verschwendungssucht der ehemaligen Machthaber und den Verpfändungen von Steuereinnahmen, von Glaubensbekenntnissen und politischer Gefolgschaft aufzuzeigen. Einen jener brandenburgischen Joachime, die politische, konfessionelle und wirtschaftliche Dinge durcheinander mischten, hatte seine Maitresse vollständig ruiniert. Gegen Zahlung von zweihunderttausend Talern verpfändete er seine persönliche Ehre. Er liess sich seine Kurstimme abkaufen und gab sein Wort, bei der Kaiserkürung die Wahl der französischen Königs zum deutschen Kaiser zu betreiben. Auch Friedrich Wilhelm, unter dem Namen der "Grosse Kurfürst" bekannt, paktierte für eine klingende Subvention mit dem Franzosenkönig. Zur Deckung seiner grossen Aufwendungen nahm er von Ludwig XIV. Hilfgelder an. Er verpflichtete sich dagegen, Frankreich gegen die Angriffe seiner Feinde beizustehen. Dieser Vertrag stammt aus dem Jahre 1684. Der "Feind" war das Heilige Römische Reich deutscher Nation!

Die Wirtschaftsnöte der alten Zeit entsprangen nicht so oft der Politik und den internationalen Beziehungen. Sie waren viel öfter künstlich herbeigeführt, die Folgeerscheinung einer übertriebenen Prunkentfaltung und eines höfischen Glanzes, der den Landesherrn eines kleinen Ländchens darüber hinwegtäuschen sollte, dass seine Macht nur von beschränkter Bedeutung war. Die Grossen

suchten einander an Pompentfaltung zu übertreffen. Einer, der es allen voran tat, der seine Herrschaft weitete, aber trotz aller Einkünfte schliesslich doch seinen Staat in finanzielle Schwierigkeiten brachte, war der berühmte August der Starke in Sachsen. Nachdem er zehn Millionen polnische Gulden für die Erlangung der polnischen Königskrone bezahlt hatte, entwickelte er, als seine Absichten zu scheitern drohten, an seinem Dresdner Hofe einen unerhörten Glanz, um damit die polnischen Grossen für sich zu gewinnen. Während Teuerung im Lande herrschte und im Erzgebirge eine Hungersnot ausgebrochen war, fand im Jahre 1719 in Dresden ein Fest statt, das vier Millionen kostete. Es war dies die Hochzeit des Sohnes Augusts des Starken, des späteren Kurfürsten August III. von Sachsen und Königs von Polen, mit der österreichischen Prinzessin Maria Josepha. Ein Augenzeuge gibt den folgenden Bericht von diesem verschwenderische Feste: "Die Prinzessin kam von Pirna auf dem Pracht- und Admiralsschiff, dem Bucentaurus, auf der Elbe angefahren. Hundert reich vergoldete Gondeln, fünfzehn Fregatten von 6 bis 12 Kanonen begleiteten sie. Selbst die Schiffsknechte gingen in gelbem Atlas und weisseidenen Strümpfen. Der König, dessen Kleidung mit Juwelen für zwei Millionen Taler bedeckt war, empfing sie vor der Stadt. Alles strotzte von Gold und Silber". Dieses Fest, das vier Millionen Taler verschlang, wollte überhaupt kein Ende nehmen. "Italienische Opern und französische Komödien", so heisst es in einem Berichte weiter, "Tierhetzen, Land- und Wasserjagden, Turniere zu Fuss und zu Ross von Herren und Damen bei Sonnen- und Fackelschein, Ringrennen, Lustschiessen, ein Jahrmarkt mit lauter Masken ausländischer Nationen, Illuminationen, Revuen und Paraden, Bauernwirtschaften, in denen der König den Wirt machte und die Hausknechte und Mägde der Hofgesellschaft angehörten, ein Saturnfest, ein Türkenfest, ein Venusfest und vieles mehr drängten einander".

Um alle diese verschwenderischen Ausgaben zu finanzieren, wurde aus dem Volke der letzte Pfennig herausgepresst. Gaukler und Goldmacher, die schon damals Geldhungrige auszubeuten wussten, höfische Günstlinge, Kurtisanen und uneheliche Fürstenkinder verschlangen Unsummen. Von den zahllosen Maitressen Augusts des Starken - die Markgräfin von Bayreuth, Friedrichs II. Schwester, rechnet ihm siebenhundert Frauen und dreihundertvierundfünfzig uneheliche Kinder nach - erhielt allein die Gräfin von Cosel, die ihm den Grafen Rutowski gebar, im Laufe der Zeit zwanzig Millionen Taler. Nicht geringer war das, was die berühmte Favoritin, die Gräfin Aurora von Königsmarck, die ihn mit dem berühmten Sohne Moritz Graf von Sachsen beschenkte, für sich in Anspruch nahm. Unter August III., der mit der prahlerischen Prunksucht fortfuhr, erlangte ein Günstling die mächtigste Stellung im Lande: Reichsgraf von Brühl, der allein für sich einen Hofstaat von zweihundert Bedienten, dreissig Köchen, zwölf Pagen und zahllosen Hausbeamten hielt. Von diesem Brühl erzählt die Chronik, dass er jedes Kleidungsstück nur einmal benutzte, und dass seine Tafel täglich mit hundert verschiedenen Schüsseln besetzt war. Da die Landesschatulle immer neue Gelder brauchte, um all diesen Aufwand zu decken, baute Brühl ein strenges Steuersystem auf, das sieben Millionen Taler im Jahre erbrachte, die zwar für den verschwenderischen Luxus nicht hin und nicht her reichten, dafür jedoch die Einwohner des Landes in das grösste Elend brachten. Während Land- und Staatsverwaltung verfielen, liess August III. seinen Ministern in allen Dingen freie Hand und verlangte nur, dass die Hofkassen stets neu nachgefüllt wurden. Diese sächsischen Fürsten schreckten, als die finanzielle Not immer höher stieg, auch nicht davor zurück, zur Deckung ihres lasterhaften Aufwandes die alten Stammlande des Hauses Wettin, welche die Gräber der älteren Fürsten von Sachsen enthielten, mitsamt ihren Untertanen an Brandenburg zu verkaufen. Sie verschleuderten und verschacherten in gleicher Weise weitere Gebietsteile an andere deutsche Fürsten.

Wenn man die Riesenliste der höfischen Kurtisanen durchliest, so findet man wahllos durcheinander deutsche und ausländische Namen, bürgerliche und adlige, sächsische und phantastisch exotische. Hier steht eine Fürstin Labomirska ne-

ben einem Fräulein Lambert, eine Maria Fatime neben der französischen Tänzerin du Parc, eine Gräfin Esterle neben einer Gräfin Orselska. Wer zählt die Völker, nennt die Namen!

Inzwischen saugte Brühl mit Hilfe seiner Kreaturen das Letzte aus den Steuerpflichtigen heraus und trieb mit den Steuerscheinen schreiendsten Missbrauch. Selbst die schwere Not der Gegenwart verblasst gegenüber diesen willkürlichen Ungerechtigkeiten, mit denen Staatsgut für unproduktive Zwecke in den kleinen Feudalstaaten Deutschlands verschleudert wurde. Die "gute alte Zeit" ist nicht umsonst zugrunde gegangen. Sie musste zugrunde gehen, weil die Völker schliesslich zur Selbstbesinnung, zu eigenem Urteil und eigener Verantwortung erwachten.

Hermann Walden.

---

Stempelbrüder dichten.<sup>x</sup>

---

SPD. Wir stehen in langer Schlange auf den Treppenstufen des kasernenhaften Schulgebäudes, dessen einer Flügel dem Arbeitsamte zugeteilt worden ist. Ueber den Hof herüber kommt der leise Sang einer Mädchenklasse. Wir wollen lieber nicht hinhören. Das Stempeln dauert heute länger als an den andern Tagen. Was liegt daran, dass auf allen Karten die Meldedaten geändert werden. Statt der zweimaligen wöchentlichen Meldung braucht man jetzt nur noch einmal zur Stempelkontrolle zu kommen. Fahrgelderspanis, denkt man im ersten Augenblick, da man es hört. Dann aber weiss man den wahren Grund: Die Zahl der Arbeitslosen ist derart gestiegen, dass es unmöglich ward, die zwei Kontrolltage - neben dem Zahltag, der ja auch eine Art Kontrolle ist - aufrecht zu erhalten.

Politisiert wird wenig. Zuweilen schwirrt ein radikales Wort auf. Aber man ist ja viel zu müde, um sich darum zu schlagen. Viele blicken durch die trüben Scheiben des Treppenhauses. "Wenn's nur endlich Schnee gäbe, dass wir zum Schippen geholt würden!" Das gibt die Stunde eine Mark, macht bei achtstündiger Arbeit eine Summe für den Tag, die fast ebenso hoch ist wie die ganze wöchentliche Stempelhilfe. Einige spielen im Stehen und langsamen Aufwärtssteigen Skat. Die Meisten starren schweigend auf die steinernen Fliesen.

Allmählich kommt hier und da ein leises Gespräch auf. Ein drunkelehäutiger Mensch mit glühenden Fanatikeraugen beginnt. Man hört aus seiner Stimme sofort den Schauspieler heraus, den einstigen Schauspieler, wie man hier sagen muss. Tagtäglich spricht er in den Berliner Theaterbüros vor. Zuerst versucht er es mit bittenden Worten. Weist man ihn ab, dann schlägt er um. Er hat gehört, dass auch die Frechheit ihre Chancen birgt. Bis heute freilich hat sie ihm nur dazu verholfen, sich in drei Theaterbüros unmöglich zu machen. Vielleicht jedoch hofft es überhaupt nicht mehr im Ernst auf ein Engagement. Da er Abends, wenn die Lampen so lockend leuchten, nicht mehr zum Spielen ins Theater gehen kann, begann er zu dichten. Er erzählt von einem Drama, an dem er die Nächte hindurch arbeitet. Natürlich ist es ein Kriegsdrama; natürlich sitzt da einer jahrelang in sibirischer Gefangenschaft, und dass ihn sein Weib derweil daheim betrügt, wissen wir schon, ehe er's uns berichtet. Als besonders wirksam will es ihm erscheinen, dass er den Tonfilm in sein Manuskript hineinkomponiert hat. Wenn da Piscator nicht zugreift... Ach, er hat ja gar kein Drama, er hat sich selbst eine Rolle geschrieben, eine unerhörte Wunschtraumrolle, und wenn er je wieder auf den Brettern stehen sollte, so wird er es schon bald vergessen, dass er einmal den Federhalter statt des Schminkstifts in der Hand gehalten hat.

Ein junger Arbeiter sagt leise: "Ich dichte auch; was soll man sonst machen, den ganzen Tag!" Ich sehe ihn zweifeln an. Er kramt lange in seiner Brusttasche, zieht dann ein kleines, schmieriges Heft hervor und gibt es mir. Ich lese:

"Heut' morgen sprach meine liebe Frau;  
Dreh noch nicht den Gashahn auf!  
Mal ist der Himmel blau, mal grau.  
Das ist eben so des Lebens Lauf."

"Ob man das nicht einer Zeitung schicken könnte?" fragte er. Als ich ungläubig die Achseln zuckte, belehrt er mich: "Es reimt sich nämlich ganz genau; darauf acht' ich immer besonders".

Jetzt kann auch der stämmige Blonde, der uns die ganze Zeit über zugehört hat, nicht länger an sich halten. Er ist Maschinenschlosser und glaubt, die Poésie ein wenig belächeln zu dürfen. Doch auch er schreibt, wie er sich selbst ausdrückt, "an einem epochemachenden Werk". Fünf Jahre lang ist er in einer Art subalterner Assistentenstelle bei einem Professor der Technischen Hochschule gewesen. Er hat da viel gelernt, und sein Kummer war es in der ganzen Zeit, dass er nicht studieren konnte. An Wissen war er manchem Akademiker wohl ebenbürtig, sicher aber an praktischer Erfahrung. Nun verbringt er seine langen Tage damit, "eine Lücke in der wissenschaftlichen Literatur auszufüllen". Er schreibt eine Abhandlung über die bestmögliche Verwendung des Maschinenöls. Seine blauen Augen, die sonst sicher nichts Träumerisches haben, bekommen, wie er uns das erzählt, einen merkwürdigen Glanz. Er phantasiert von dem Verleger, den er suchen wird, von dem Erfolge des Buches und dem kommenden Ehrendoktor. Also doch ein Dichter! Und derweil stehen wir im Treppenhaus eines alten Backsteinschulgebäudes, eingeklemt in die graue Masse des Arbeitslosenheeres, dieser verzweifelt kämpfenden Nachhut des deutschen Volkes, das aus einem dunklen Gestern in ein ungewisses Morgen schreitet.

R.M.

---

### Schwarzweissrote Trauer.

---

Es weint die nationale Presse,  
Der grosse Adolf stirbt vor Schmerz,  
Und die auf Krach polierte Fresse  
Blickt hilfesuchend wotanwärts.

Herrn Hussongs fette Donnerzeilen  
Verschiebt man in den Uebersatz.  
Nichts bleibt, um Curtius zu verkeilen  
Vereitelt ist die grosse Hatz!

Ja, wenn Zaleski triumphierte,  
Wie wär' das national und schön!  
Potz Blitz, wie man die Stifte schmierte,  
Um Curtius einen Strick zu drehn!

Dann könnte man sich doch erbozen  
Und von der Oder bis zum Rhein  
Mit schneidig-mundbewehrtem Tosen  
Die Retter der Belange sein!

Halbmast! Der Deutsche hat gewonnen.  
Der Patriot legt Trauer an.  
Ein schöner Traum ist ihm zerronnen.  
Skandal, dass er nicht schimpfen kann!

Kuka.